ECHO der Vielfalt

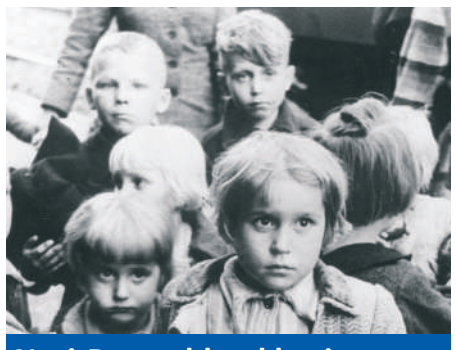
Zeitung für den interkulturellen Dialog

Nr. 1, 2020

Aus dem Inhalt

Durch die Krise - Jede Spende hilft! Seite 2

Die Corona Krise trifft uns alle... Seite 3



Nazi-Deutschland besiegt. Der Krieg ist aus Seite 5

Rassistischer Terror in Deutschland Seite 6

Grundsatzerklärung des Bundesverbands Netzwerke von Migrantenorganisationen (BV NeMO)

Corona-Krise: Teilhabe „vor Ort“ darf nicht vertagt werden

Corona-Krise: Neben gesundheitlichen auch soziale Risiken

Der Bundesverband NeMO hat sich mit einer Erklärung unter dem Titel „Teilhabe ‚vor Ort‘ darf nicht aufgeschoben werden“, zur Lage der Menschen mit Einwanderungsgeschichte in und in Folge der Corona-Krise positioniert. Zum Bundesverband gehören bundesweit 20 lokale Verbünde, unter ihnen der VMDO. In diesen 20 Verbünden sind insgesamt mehr als 700 einzelne Migrant*innenorganisationen zusammengeschlossen. Hier die Positionierung im Wortlaut:

Die Corona-Krise bedeutet: hohe gesundheitliche und soziale Risiken. Unsere Befürchtung ist: Es besteht die Gefahr einer Verschärfung sozialer Benachteiligungen, aber auch eines sich verstärkenden Rassismus, in der Krise und als Folgen der Krise. Wenn dies geschieht, werden Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte davon erheblich betroffen sein. Wir fordern: Das darf nicht geschehen! Städte und Gemeinden – dort, wo die Menschen leben – sind der Ort, wo es konkret wird. Nahe bei den Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte, sind die Migrant*innenorganisationen kritische Stimme und unverzichtbarer Partner „vor Ort“. Bundesverband NeMO und seine lokalen Verbünde fordern Kommunen, Land und Bund auf, Grundrechte und Teilhabe von Migrant*innen und Menschen mit Fluchtgeschichte zu wahren.

Die Corona-Krise ist ein tiefer Einschnitt in unserem gesellschaftlichen Leben. Ihre Auswirkungen auf den Alltag werden vor allem dort erfahren, wo die Menschen leben: Vor Ort, in den Städten und Gemeinden, in den Quartieren, in den Nachbarschaften. Das gilt nicht nur für die alltägliche Lebensorganisation unter den Bedingungen von „zu Hause bleiben“ und „Abstand halten“, sondern im umfassenden Sinne. Jetzt da kommunale Dienste und Dienstleistungen, die vor Ort angesiedelt sind, in den „Corona-Modus“ gewechselt sind, wird für viele besonders deutlich, wie stark wir alle auf die kommunale Daseinsvorsorge angewiesen sind. Die Corona-Krise zeigt zugleich eindrucksvoll, welche reale Bedeutung bürgerschaftliches Engagement hat.

Unsere Städte sind seit langem Einwanderungsstädte mit hohen Anteilen von Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte. Viele dieser Mitbürger*innen sind gerade in Dienstleistungen tätig, die besonders belastend und (bisher) eher schlecht bezahlt sind. Heute werden sie „Helden des Alltags“ genannt; mehr Anerkennung hätten sie schon früher erwarten können.

Migrant*innenorganisationen waren stets im bürgerschaftlichen Engagement unterwegs, um dazu beizutragen, dass Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte tatsächlich gleichgestellt sind, beim Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt, Kultur, Politik und wohlfahrtsstaatlichen Leistungen. Gerade jetzt zeigt sich dramatisch: Was wäre ohne die Menschen mit Einwanderungsgeschichte? Selten wurde so offenkundig die rechtspopulistische Hetze widerlegt; was aber nicht erwarten lässt, dass sie verstummt, wie der fortbestehende Alltagsrassismus in den und außerhalb der sozialen Medien zeigt.

Fortsetzung auf Seite 2

„Rassismus betrifft alle Menschen“

Interview mit Prof. Dr. Karim Fereidooni von der Ruhr-Universität Bochum

An welchen Bildungseinrichtungen sehen Sie die höchste Ausprägung von diskriminierenden und rassistischen Verhalten und welche Gründe hat dieses Verhalten?

Rassismus kommt in allen Bildungseinrichtungen unserer Gesellschaft vor. Bereits im Kindergarten lernen Kleinkinder rassistisch zu sein. Dieses rassistische Wissen wird in der Schule und der Universität weiter verfestigt, weil rassistische Bilder, Wissensbestände und Annahmen nicht hinterfragt werden. Das scheinbar „normale“ Wissen ist rassismusrelevant.

Alle Menschen in unserer Gesellschaft, so auch Lehrer*innen, Schulleiter*innen, Schulbuchverlage und Menschen, die Lehrer*innen aus- und fortbilden, müssen sich eine Frage stellen: Was hat Rassismus mit meinem eigenen Leben zu tun? Rassismus betrifft alle Menschen. Einige haben gelernt: Ich bin weniger wert, weil ich eine schwarze Haut habe. Andere wiederum haben gelernt: Ich bin mehr wert, weil ich eine weiße Haut habe.

Rassismus sollte nicht mit Rechtsextremismus gleichgesetzt werden. Wir sollten uns vielmehr mit dem Rassismus aus der „Mitte der Gesellschaft“ beschäftigen.

Gibt es besonders gefährdete Personengruppen oder Ethnien?

Es gibt keine Ethnien. Es gibt auch keine menschlichen Rassen. Rassismus hat menschliche Rassen und Ethnien erfunden, um den biologistischen Rassismus salonfähig zu machen.

Fortsetzung auf Seite 2

Hanau ist erst einige Wochen her

Einige Wochen ist es her, seit Hanau im Zentrum des Interesses einer erschrockenen Öffentlichkeit stand. Rasch ist dies durch die aufkommende Corona-Krise, die zum alles beherrschenden Thema wurde, überdeckt worden.

Erinnern wir uns noch? Am 19. Februar 2020 erschoss ein rechtsradikaler Täter in der hessischen Stadt Hanau neun Personen in und vor zwei Shishabars und auf der Fahrt zwischen beiden Orten. Viele Erklärungen des Entsetzens und der Betroffenheit wurden abgegeben; die Bundesregierung bildete einen Kabinettsausschuss gegen Rassismus… Und jetzt die alles beherrschende Corona-Krise: sie bewirkt noch schneller als in früheren Zeiten, was nach solchen Ereignissen immer wieder eingetreten ist: verdrängen und vergessen. Auch die bekannt gewordene Einschätzung des Bundeskriminalamts, dass der Täter zwar eine rassistische Tat verübt habe, aber selbst kein Anhänger rechtsextremistischer Ideologie gewesen sei, trägt dazu bei.

Rechte Gewaltbereitschaft nimmt zu

Tatsächlich ist der Terroranschlag in Hanau Teil einer Gewalteskalation, die schon seit Jahren im Gang ist. Er demonstriert die fortschreitende ultra-rechte, neo-faschistische Radikalisierung. Sie wird durch den Rechtspopulismus, der in der Mitte der Gesellschaft immer normaler geworden ist, befördert. Der Kern ist nicht einfach Ausländerfeindlichkeit, sondern eine nationalistisch-völkische Ideologie, die immer wieder in Minderheiten, die vermeintlich „anders“, also „undeutsch“ sind, ihr Feindbild findet. Und jeder Anschlag fördert in der gewaltbereiten Szene eine weitere Mobilisierung, so der Konfliktforscher Andreas Zick im Mediendienst Integration.

Fortsetzung auf Seite 3

Editorial

VMDO
Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

Im Corona – Modus

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Ausgabe des ECHO erscheint noch in der harten Phase der Corona-Krise, die durch „Zu-Hause-Bleiben“ und „Abstand halten“ geprägt ist. Jede und jeder Einzelne hat lernen müssen, in dieser Krise den Alltag zu reorganisieren – mit vielen Belastungen und z.T. auch großen Sorgen. Auch wir Migrant*innenorganisationen haben unsere Arbeitsweise umstellen müssen, aber eine Corona-Auszeit haben wir nicht genommen. Der neue Vorstand des VMDO setzt sein Arbeitsprogramm weiter um, mit Hilfe von digitalen Konferenzen und neuen Ideen. Insgesamt machen wir uns große Sorgen, dass die sozialen Risiken, die mit der Corona-Krise verbunden sind, sich ungleich auswirken und fragen uns, ob es Menschen mit Einwanderungsgeschichte gibt, die davon besonders betroffen sein könnten. Der Rassismus verschwindet nicht durch häufiges Händewaschen… Das alles sind Themen dieser Ausgabe. Es wird an den Sieg über das Nazi-Deutschland und das Ende des Kriegs vor 75 Jahren erinnert. Mit dem Grundgesetz folgte dann die Grundlegung einer anderen, demokratischen Gesellschaft, in der die Würde jedes Menschen im Mittelpunkt stehen muss. Heute werden um der Gesundheit willen Grundrechte eingeschränkt. Hier ist kritische Achtsamkeit geboten; dies ist einer der Lehren, die aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen sind.

In diesem Sinne
Vorstand des VMDO

Spendenaufruf der Bodo-Redaktion

Durch die Krise - jede Spende hilft

Liebe bodo-Unterstützerin,
lieber bodo-Unterstützer,

die aktuelle Lage verändert auch unsere Arbeit radikal. Unsere Verkäuferinnen und Verkäufer bieten ein Straßenmagazin an, ihr Arbeitsplatz ist die Stadt, der öffentliche Raum. Doch dieser Raum, das öffentliche Leben steht auf eine nie dagewesene Art still.

Wer keine Wohnung hat, ist gerade jetzt besonders schutzlos. Wohnungslose können sich nicht in ihre Wohnung zurückziehen, keine Tür hinter sich schließen.

Gerade in Krisen ist es wichtig, die Menschen, die zu uns kommen, nicht allein zu lassen.

Unsere Anlaufstellen laufen im Notbetrieb, wir helfen weiter, wo immer wir können und so lange wir können. Wir informieren, beraten und unterstützen.

Und wir helfen da, wo keiner mehr sein soll: auf der Straße, bei denen, die kein Zuhause haben. Wir führen unsere regelmäßigen Versorgungstouren fort, so lange es möglich ist. Dazu brauchen wir Ihre Hilfe. Unterstützen Sie unsere Arbeit mit Ihrer Spende!

Mit herzlichen und dankbaren Grüßen

Spendenkonto
bodo e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE44 3702 0500 0007 2239 00
BIC: BFSWDE33XXX

Kontakt
bodo e.V.
Schwanenwall 36 – 38
44135 Dortmund
info@bodoev.de
Tel. 0231 – 950 978 0
Fax: 0231 – 950 978 20
Mo – Fr 11 bis 14 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeber: VMDO e.V.
(Mitglied im Paritätischen)

DER PARITÄTISCHE

„ECHO“ wird unterstützt von:
Kommunales Integrationszentrum Dortmund

Beuthstraße 21, 44147 Dortmund
Tel.: +49 231 / 28678241
Fax: +49 231 / 28678166

eMail: info@echo-vielfalt.de
http://www.echo-vielfalt.de
Amtsgericht Dortmund VR 6233

Gesamtleitung: Dr. Ümit Koşan.
Herausgegeben Vorstand des VMDO e.V..

Redaktion: Dr. Ümit Koşan, Prof. Dr. Angela Paul-Kohlhoff, Vedat Akkaya, Hansgeorg Schmidt, Lucas Gruyters

Layout, Design: J.A.

Anzeigenservice: Vedat Akkaya, Hansgeorg Schmidt
anzeige@echo-vielfalt.de

Vertrieb: Eigenvertrieb
Auflage: 5.000
Druck: Lensing Druck, Dortmund

Alle Rechte vorbehalten. Die von uns gesetzten, gestalteten und veröffentlichten Texte, grafische Darstellungen und Fotos dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion reproduziert und nachgedruckt werden. Für die Inhalte öffentlicher Texte von Dritten übernehmen wir keine Haftung.

Corona-Krise: Teilhabe „vor Ort“ darf nicht vertagt werden

Fortsetzung von Seite 1

Beispiele für von Gruppen, die vermutlich in einer besonderen gesundheitlichen und/oder sozialen Risikolage sind: ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen; erkrankte Geflüchtete ohne Krankenversicherungskarte; Menschen mit geringen Deutsch-Kenntnissen bzw. kürzlich Angekommene; Menschen mit eine besonderen Distanz zum Gesundheitswesen, Menschen in beengten Wohnverhältnissen (Stichworte: Kindeswohl, häusliche Gewalt…), alleinerziehende Mütter; Kinder, denen die Schule fehlt, um mithalten zu können; Menschen in Gemeinschaftsunterkünften; Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und jene, die auf Zahlungen durch das Jobcenter angewiesen sind; Menschen, die besonderer Weise rassistische Diskriminierungen und Übergriffe befürchten müssen; Menschen, die bisher nicht wissen, ob ihre Anhörungstermine stattfinden oder nicht; Geflüchtete, die kein Obdach haben, usw.

„Vor Ort“: Hier ist der Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (BV NeMO) mit seinen 20 lokalen Verbünden, in denen insgesamt mehr als 700 Migrant*innenorganisationen beteiligt sind, tätig. Sein Ziel: Durchsetzung von gleichberechtigter tatsächlicher Teilhabe von Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte. Dies war und ist notwendig, weil nach wie vor gravierende Teilhabemängel und soziale Benachteiligungen bestehen. Unsere sorgenvolle Befürchtung ist: Wird die Corona-Krise zu einer Verschärfung sozialer Benachteiligungen führen? Wir fordern: Dies darf nicht geschehen!

Worum es uns „vor Ort“ vor allem geht:

neben den Personen, die besondere gesundheitliche Risiken haben, müssen dringend auch jene Gruppen in den Blick genommen werden, denen hohe soziale Risiken drohen. Migrations- und Fluchthintergrund kann hierbei ein risikoverschärfender Umstand sein;

auf kommunaler Ebene ist neben dem Krisenmanagement unter gesundheitlichen und ordnungspolitischen Aspekten ein Steuerungs- und Beratungsgremium zur Bekämpfung sozialer Risiken und verschärfter sozialer Ungleichheit erforderlich, an dem Migrantenorganisationen zu beteiligen sind;

lokale Demokratie ist lebenswichtig, sie darf in Zeiten der Corona-Krise weder verringert noch ausgesetzt werden, zumal es im Katastrophenmodus auch immer um die problematische Einschränkung von Grundrechten geht; die Kommunen müssen kreative Formen auch des Bürger*innen-Diskurses finden, unter Einschluss der lokalen Integrations- Migrations- oder Ausländerräte. Kritik darf nicht diskriminiert werden;

zugleich muss strikt darauf geachtet werden, dass alles, was sich als Überwachungsmentalität entwickeln könnte, vermieden und in jedem Fall das Gebot der Menschenwürde beachtet wird; eine aktive kommunale Ombudsstelle ist notwendig;

die Wachsamkeit gegenüber rechtem Terror und Alltagsrassismus muss aufrechterhalten und/oder verstärkt werden; hierzu ist auch in Corona-Zeiten Aufklärung über die Folgen einer möglichen Rezession „klare Kante“ erforderlich. Dafür müssen die bestehenden Antidiskriminierungsstellen verstärkt und weitere Stellen auf kommunaler, Landes- und Landesebene eingerichtet werden;

Solidarität mit Menschen auf der Flucht darf nicht ausgesetzt werden, auch, damit Migrant*innen und Geflüchtete nicht in eine Sündenbock-Rolle gedrängt werden. Der der BV NeMO unterstützt nachdrücklich die Position des Netzwerks „Kommunen: Sichere Häfen“.

Worum es auf der Landes- und Bundesebene geht:

die Kommunen sind durch die Corona-Krise in einer bisher nicht gekannten Weise belastet; sie benötigen dringend finanzielle und personelle Unterstützungen, insbesondere auch mit dem Ziel der Abwehr von negativen Folgen für Menschen in besonderen sozialen Risikolagen;

wie auf der lokalen Ebene muss auch auf Landes- und Bundesebene das Feld der „sozialen Risiken“ stärker ins Zentrum gerückt werden; hierzu sind dringend Beratungs- und Beteiligungsformen unter Einbeziehung von Migrantenorganisationen zu entwickeln; die vielfach geforderte Etablierung eines Partizipationsrates für Fragen der Einwanderungsgesellschaft ist keine „Schönwetteridee“, sondern gerade in schwierigen Zeiten besonders wichtig;

es ist unter humanitären Gesichtspunkten nicht zu verantworten, die drängendsten asylbezogenen Aufgaben auszusetzen, wie z.B. die Evakuierung der Lager auf den griechischen Inseln; insgesamt fordern wir dazu auf, dass Deutschland seine internationale Verantwortung insbesondere gegenüber den ärmeren Ländern des „globalen Südens“ ohne Aufschub und umfassend wahrnimmt;

das Zurückdrängen von Rassismus, Menschenfeindlichkeit und völkischem Nationalismus bleibt auch – oder gerade – in dieser Krise eine zentrale Herausforderung; neben klaren Worten ist es vor allem wichtig, dass die ausstehenden Förderungen so rasch umgesetzt werden, dass die Akteur*innen vor Ort handlungsfähig bleiben oder es wieder werden.

Der Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (BV NeMO) und seine lokalen Verbünde arbeiten auch im „Corona-Modus“ mit voller Kraft weiter und sind stets ansprechbar. Zu vielfältigen Aktivitäten in der Corona-Krise siehe auch: www.samofa.de

„Rassismus betrifft alle Menschen“

Fortsetzung von Seite 1

Rassismus hat beide Dinge konstruiert, um uns beizubringen, in Rassen und Ethnien zu denken, unterschiedliche Hautfarben mit unterschiedlichen Rassen und Ethnien gleichzusetzen und den Rassen und Ethnien positive und negative Eigenschaften zuzuordnen. Positive Eigenschaften wie Intelligenz, Fortschrittlichkeit und Sachlichkeit werden weißen Menschen zugesprochen und negative Eigenschaften werden schwarzen Menschen zugeschrieben. Schwarze Menschen wurden beispielsweise als wilde Tiere imaginiert, um den Kolonialismus in Afrika zu rechtfertigen.
Sowohl weiß-christliche Europäer*innen als auch muslimische Staaten waren an der Ausbeutung Afrikas und dem Genozid an afrikanischen Menschen beteiligt. Die Erfindung menschlicher Rassen und Ethnien hat dazu beigetragen, dass schwarze Menschen nicht mehr als gleichwertige Menschen betrachtet worden sind, sondern als Wilde, die erzogen werden müssen.
Wir müssen über anti-muslimischen Rassismus sprechen, aber wir müssen auch über den historischen und gegenwärtigen Rassismus sprechen, der von muslimischen Menschen gegenüber schwarzen Menschen verübt wurde und wird.

Welche Auswirkungen hat rassistisches und diskriminierendes Verhalten auf die Betroffenen und ihr Umfeld?

Es existieren ganz unterschiedliche Reaktionsweisen auf Rassismus: Einige Menschen strengen sich an, um nicht dem rassistischen Bild zu entsprechen, der auf sie übertragen wird, weil sie denken, dass Rassismus dann aufhört. Das ist falsch, denn Rassismus hat nichts mit realen Menschen zu tun, sondern Rassismus ist eine negative und zerstörerische Vorstellung über Menschen. Andere Menschen wiederum engagieren sich gegen Rassismus und nehmen Rassismus nicht länger hin. Ferner resignieren Menschen unter dem Schmerz, den Rassismus verursacht. Außerdem ist für andere Personen Humor ein wichtiges Instrument, um mit dem erlittenen Rassismus umzugehen.
In Deutschland ist es nach wie vor schwierig, über Rassismus zu sprechen, weil niemand rassistisch sein möchte und oftmals geglaubt wird, dass Rassismus einen selbst nichts angehe oder weil geglaubt wird, dass das eigene Arbeitsumfeld rassismusfrei sei. Ich bin aber der Überzeugung, dass Ungleichheitsstrukturen wie Rassismus, Sexismus und Klassismus überall wo Menschen zusammenkommen existieren und deshalb thematisiert werden müssen.

Sind Pädagogen und Lehrkräfte ebenfalls betroffen?

Rassismus ist kein „Problem“ von Menschen, die wenig verdienen oder nicht die Universität besucht haben. Rassismus hat auch nichts mit dem Wohnort oder dem Einkommen einer Person zu tun. Jede Person, so auch Pädagog*innen und Lehrer*innen sind von Rassismus betroffen und müssen sich dagegen wehren, indem sie anerkennen, dass Rassismus unser Zusammenleben strukturiert und indem sie sich gegen Rassismus im Klassen- und Lehrer*innenzimmer engagieren. Lehrer*innen und Pädagog*innen haben eine verantwortungsvolle Aufgabe und müssen Rassismuskritik, also die Kritik an bestehenden rassistischen Denkmustern und Handlungsstrategien, als ganz „normale“ Professionskompetenz begreifen.

Welche Auslöser sehen Sie für den zunehmenden Rassismus in der Gesellschaft?

Rassismus hat es bereits vor dem Einzug der AfD in den Bundestag gegeben, aber meiner Meinung nach wird Rassismus immer salonfähiger, weil die AfD Dinge sagt, die vor 10 oder 15 Jahren undenkbar waren. Das hat einen Einfluss darauf, was sich Bürger*innen auf der Straße zutrauen zu sagen. Der Auslöser für Rassismus ist nicht, dass Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, sondern, dass Rassismus in Europa seit über 400 Jahren existiert und uns beigebracht hat, Menschen mithilfe von Rassismus zu bewerten.
Gleichzeitig ist Deutschland so rassismuskritisch wie noch nie in der Geschichte und es gibt ganz viele Menschen, die sich gegen Rassismus engagieren.

Wie kann man der Diskriminierung und dem Rassismus Ihrer Meinung nach am besten entgegenwirken? Was könnte die Politik oder gesellschaftliche Organisationen (Vereine, Gruppierungen, Communities) beisteuern?

„Jede*r die*der das Grundgesetz respektiert, gehört dazu!“. Das wäre eine tolle Leitidee für unsere Migrationsgesellschaft. Politiker*innen wie beispielsweise Herr Merz sollten aufhören, mit rassistischen Ressentiments auf Stimmenfang zu gehen. Vereine könnten sich mit ihren eigenen rassistischen Strukturen auseinandersetzen, um eine ehrliche und nachhaltige interne Diskussion über Rassismus in Gang zu setzen.
Zudem sollten wir Menschen, die Rassismus alltäglich erleben, beibringen, wie man dennoch in der BRD lebt, ohne psychisch krank zu werden. Empowermentarbeit ist hierfür notwendig.

ECHO

Prof. Dr. Karim Fereidooni

Prof. Dr. Karim Fereidooni ist Juniorprofessor an der Ruhr-Universität Bochum mit dem Forschungsschwerpunkt Diskriminierung und Rassismus in deutschen Bildungseinrichtungen. In diesem Zusammenhang beschäftigt er sich auch mit den Ursachen der Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund im deutschen Schulwesen.

Bezirksvertretung Innenstadt-West bewilligt 20.000 € Soforthilfe an Gast-Haus statt Bank

Die Pandemie trifft in diesen Tagen besonders obdachlose Menschen, die es schwer haben, sich derzeit mit dem Nötigsten zu versorgen
In diesem Bewusstsein hat die Bezirksvertretung Innenstadt-West daher der ökumenischen Wohnungslosen Initiative Gasthaus statt Bank e.V. mit Sitz in der Rheinischen Straße eine Soforthilfe in Höhe von 20.000€ bewilligt.
Mit dieser Soforthilfe unterstützt die Bezirksvertretung Innenstadt-West auch den Notfallplan der Stadt Dortmund zur Sicherung existenzieller Hilfe für obdachlose Menschen.
Alle in der Bezirksvertretung Innenstadt-West vertretenen Fraktionen unterstützen diesen Entscheid, den der Bezirksbürgermeister mit den beiden stellvertretenden Bezirksbürgermeistern getroffen hat.
Der Verein Gasthaus statt Bank versucht in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Dortmund und anderen sozialen Trägern wie der Diakonie, Die Tafel und dem Team Wärmebus und anderen, dringend benötigte Hilfe zu leisten.
Die Bezirksvertretung Innenstadt-West sagte der Geschäftsführerin Frau Lauterborn zu, das Gast-Haus auch weiterhin zu unterstützen.

Kostenlos duschen und Wäsche wechseln

Neues Hygieneangebot für Wohnungslose geht an den Start

Wohnungslose können während der Corona-Krise ab sofort kostenlos duschen und ihre Wäsche wechseln. Ein entsprechendes Angebot an der Leuthardtstraße 1-7 ging am 15. April an den Start. An jedem Montag, Mittwoch und Freitag von 12 bis 16 Uhr sind bis zu 40 Personen je Öffnungstag willkommen. Auch eine Kleiderausgabe gehört dazu.
Das Angebot ist nötig geworden, weil etablierte Dusch-Gelegenheiten im Gast-Haus oder Brückentreff aus Infektionsschutzgesichtspunkten nicht mehr oder nicht mehr ausreichend zur Verfügung stehen. Die Dusch-Station an der Leuthardtstraße richtet sich an Obdachlose, die städtische Angebote wie die Übernachtungsstellen ablehnen – die Männerübernachtungsstelle an der Unionstraße hat weiterhin geöffnet und bietet ebenfalls Dusch-Gelegenheiten.
Mit der Dusch-Station haben die Stadt Dortmund und die Verbände der freien Wohlfahrtspflege gemeinsam mit ehrenamtlichen Akteuren das bestehende Hilfekonzept für Wohnungslose auf die Anforderungen in der Corona-Lage angepasst. Die Betriebsverantwortung trägt „Der Paritätische Dortmund“, der die Koordinierung an seine Mitgliedsorganisation Gast-Haus Ökumenische Wohnungslosen-Initiative e.V. übertragen hat.

Quelle: Pressestelle Stadt Dortmund

Die Corona-Krise trifft uns alle…

…aber nicht alle Menschen gleich. Die Situation von geflüchteten Menschen, die sich in Deutschland aufhalten, verschärft sich durch das Corona-Virus tagtäglich.

Am schlimmsten betroffen sind in erster Linie illegalisierte Menschen ohne Papiere und festen Aufenthaltsstatus. Viele dieser Menschen wurden bisher unter Umgehung jeglicher arbeitsrechtlicher Vorschriften illegal angestellt und wurden im Zuge der Corona Krise oft sofort und rückwirkend entlassen. Diese Menschen arbeiten häufig in Großküchen als Tellerwäscher*innen, Paket-Dienstleister*innen oder anderen Bereichen des sog. Niedriglohnsektors. Diese Menschen sind es, die nun nach jahrelanger, illegaler Ausbeutung als erstes auf die Straße gesetzt werden – und das im wahrsten Sinne des Wortes. Denn einen festen Wohnsitz haben die wenigsten dieser Menschen und sind somit der Willkür durch Menschen und Institutionen ausgeliefert. Der Satz „We stay at home“ zum allgemeinen Schutz in der Corona Krise wirkt in dieser Hinsicht und in Anbetracht der vielen anderen obdachlosen Menschen in Deutschland, auf diese Menschen oft wie purer Hohn.
Anders, aber nicht minder direkt und schlimm, sind die Menschen in sog. Flüchtlingsunterkünften in Deutschland betroffen. Zunächst war es so, dass viele Grenzen zwischen Staaten weltweit geschlossen worden sind – Abschiebungen aber dennoch weiter stattfanden und finden. Gegen einige dieser Maßnahmen protestierten mit einigem Erfolg Organisationen wie etwa Pro Asyl. Allerdings wurden die Abschiebungen, etwa nach Afghanistan oder den Iran, bisher nur „Ausgesetzt“, aber nicht grundlegend in Zweifel gezogen. Auch die Maßnahmen, welche zur Eindämmung der Corona-Pandemie ergriffen wurden, berücksichtigten die Lebensumstände der in den Flüchtlingsheimen lebenden Menschen zu Beginn nicht. Weder wurde hier für genügend Schutzausrüstung (weder für Bewohner*innen noch für Hilfskräfte) gesorgt, noch war man sich darüber im Klaren, wie etwa ein Mindestabstand von 1,50 Meter in einem Vielbettzimmer und einer Großküche für verschieden viele Menschen eingehalten werden sollte. Die Menschen fühlten sich zu Recht nicht mitbedacht und ihre Situation nicht zureichend gewürdigt. Als dann die ersten Corona- Fälle in einigen Flüchtlingsunterkünften bekannt wurden, geschah dies oft erst durch die Hilferufe der Bewohner*innen und ihren Unterstützer*innen. Dieser Protest führte oft allerdings nicht zu direkten Auflösungen der Unterkünfte oder schneller Hilfe durch die Behörden. Stattdessen waren massive Polizeieinsätze und ein Bild in den Medien die Folge, welches die Bewohner*innen als Unruhe stiftende Menschen darstellte. Mit einigen Räumungen und Maßnahmen ist hier nun mit fortlaufender Zeit etwas Ruhe eingekehrt. Alleine gelassen sind und fühlen sich die Menschen vor Ort dennoch häufig.
Nicht viel anders stellt sich das Bild auf internationaler Ebene dar. Das Flüchtlingscamp Moria auf der griechischen Insel Lesbos ist schon seit langer Zeit ein Ort, der von der internationalen Politik vergessen scheint und welcher immer wieder durch verschiedene Organisationen versucht wurde in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit zu rücken. Nicht erst seit 2019, sondern seit mehreren Jahren spielt sich hier eine humanitäre Katastrophe ab. Schon seit Jahren wird darauf hingewiesen, dass dieses Lager mehr als überfüllt ist – die christliche Organisation World Vision schreibt von 20 000 Menschen die dort leben, obwohl es für 3000 Menschen ausgelegt ist. Das Problem ist also nicht neu – spitzt sich jedoch im Angesicht einer weltweiten Virenpandemie dramatisch zu. Lange haben Hilfsorganisationen versucht (und tuen dies noch immer) die internationale Politik zum Handeln zu bewegen. Gebracht hat es bisher leider wenig. Denn anstatt die grundlegenden Ursachen für Flucht und Vertreibung der Menschen zu benennen (Kriege, Klimawandel, weltweit steigende soziale Ungleichheit), anzuerkennen und politische Konsequenzen daraus zu ziehen, wird politisch herumgeschoben und auf Zeit gespielt. Erst passierte lange gar nichts, um den Menschen vor Ort zu helfen – abgesehen von der unermüdlichen Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGO´s), anderen freiwilligen Helfer*innen und zunehmend auch mehr selbstorganisierten geflüchteten Menschen. Als dann der türkische Präsident Erdogan ein politisches Manöver fuhr, um die Europäische Union unter Druck zu setzten, reagierte diese mit Stacheldraht, Tränengas und Gummigeschossen auf die neuankommenden, asylsuchenden Menschen. Das Recht auf Asyl wurde an der türkisch-griechischen Grenze aufgehoben. Vor der Corona Krise hatte sich nicht die gesamte EU, sondern nur eine Gruppe von sog. „willigen“ Staaten innerhalb der EU zusammengefunden, um etwa 1500 Menschen ein weiterkommen in andere EU Staaten zu ermöglichen. In Anbetracht der dann aufkommenden Corona Pandemie wurden diese Pläne zunächst auf Eis gelegt und viele Staaten kümmerten sich um ihre eigenen Grenzen (in dem sie sie schlossen) und führten Schutzmaßnahmen, Neu- und Notverordnungen ein.
Unter dem Eindruck dieser langjährigen Entwicklung in den Flüchtlingslagern in Griechenland und der nun akuten Gefahr für alle Menschen weltweit, wurden die Schwächsten zunächst mal wieder vergessen und es geschah - nichts. Erst ein offizieller Hilferuf an führende Staats- und Regierungschefs innerhalb der EU durch selbstorganisierte Menschen vor Ort (etwa das „Moria Corona Awareness Team" und "Moria White Helmets“) sorgte dafür, dass in die Diskussion um die Aufnahme von zumindest minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlingen wieder Bewegung kam. Aber auch hier wurden zunächst Gründe vorgeschoben, welche eine sofortige Hilfe unmöglich machten. Man sei auf der Suche nach einer „europäischen Lösung“ hieß es immer wieder. Als diese, wie zu erwarten, nicht in Sicht kam, fingen einzelne Länder an in diesem Punkt vorweg zu gehen – namentlich Luxemburg und Deutschland. Allerdings bewegen sich die Zahlen der Kinder und Jugendliche, die Moria nun verlassen können, zwischen 12 (Luxemburg) und 50 (Deutschland). Weitere sollen folgen. Wohin, wie viele und wie diese ausgewählt werden, ist Bestandteil vieler Diskussionen und weitgehend unklar. Aber auch vor Ort bewegt sich etwas. So nehmen etwa Pläne in Griechenland (mit Unterstützung der EU) Gestalt an, viele Menschen aus Moria in die nun in Zeiten von Corona leer stehenden Hotels und anderen Unterkünfte unterzubringen.
Die Einschätzungen und Diskussionen, die diese Maßnahmen hervorgerufen haben, bewegen sich zwischen Erleichterung, dass überhaupt etwas passiert und dem Vorwurf, hier würde nur zynische Symbolpolitik betrieben. Die Antwort liegt wohl dazwischen. Denn natürlich ist jeder gerettete Mensch eine Hoffnung. Wenn daneben allerdings hunderte weitere im Mittelmeer ertrinken, wie in den ersten Wochen des Aprils 2020 geschehen, dann kann man die Reden und das sich selber für Humanität feiernde Europa nicht ertragen. Grundlegende Fragen von Asyl in Europa und dem Umgang mit geflüchteten Menschen warten weiter auf ihre ehrliche Beantwortung. Solange dies in Europa so bleibt, kann jeder gerettet Mensch nur als symbolischer Tropfen auf den heißen Stein angesehen werden. Nichtsdestoweniger verdienen alle Helfer*innen und Organisationen, die sich für eine humanere Politik engagieren unsere absolute Unterstützung dabei, den Herrschenden in der Europäischen Union immer wieder deutlich zu machen: Es betrifft uns alle - #leave no one behind.

Lucas Gruyters

Hanau ist erst einige Wochen her

Fortsetzung von Seite 1

Mehr Aufmerksamkeit, mehr Widerstand

Zugleich aber - und das markiert einen wichtigen Unterschied zu den Ereignissen der 90er Jahre (Rostock, Hoyerswerda, Solingen…) - sind auch Entsetzen und Empörung bis weit in die Mitte der Gesellschaft anzutreffen. Mittlerweile ist gelebte Vielfalt für sehr viele Menschen ein wichtiges und gutes Charakteristikum unserer Gesellschaft geworden, das sie nicht infrage gestellt wissen wollen. Migrant*innenorganisationen werden als Stimme, aber auch als sicherer Ort für Zusammenhalt immer wichtiger.

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Wir haben es also mit einer immer widersprüchlicher werdenden gesellschaftlichen Lage zu tun, bei der es um eine Auseinandersetzung darüber geht, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Viele Menschen „aus Familien mit Migrationsgeschichte“ haben mittlerweile Position und Einfluss: sie wirken aktiv bei diesen konflikthaften Aushandlungsprozessen mit (ein Blick in die Fernsehsendungen zeigt dies). Migrant*innenorganisationen, die sich für mehr Teilhabe hier&heute einsetzen, sind stärker geworden – und sie haben auch Bündnispartner. Zu erwarten ist, dass Konflikte um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen, zunehmen werden. Aber es ist nicht so, dass die Seite, die sich aktiv für eine lebbare Einwanderungsgesellschaft einsetzt, auf der Verliererstraße wäre.

Corona-Krise: kein Rassismus mehr?

Viele hoffen, dass die Haltung gemeinschaftlicher Verantwortung und Nachbarschaftlichkeit, die man in der Corona-Krise beobachten kann, den Rassismus aushebeln könnte; für manche ist auch die bisherige relative Sprachlosigkeit der AfD in der Corona-Krise hierfür ein Beleg. Ein Blick in die einschlägigen social media zeigt: Wachsamkeit ist angesagt. Ausnahmezustände haben für die extreme Rechte stets erhebliche Anziehungskraft. Je länger die Krise andauert, desto mehr ist damit zu rechnen, dass völkische Feindbilder mobilisiert werden: seien es – wie zu Beginn – Angriffe gegen Menschen, denen ein chinesisches Aussehen zugeschrieben wird, seien es Flüchtlinge (die AfD lehnt z.B. die Aufnahme von Kindern aus den griechischen Hotspot-Inseln strikt ab), Roma, oder seien es die Juden, die wieder einmal an allem Schuld haben sollen. Antisemitische Verschwörungstheorien haben Konjunktur.

Hanau nicht verdrängen und vergessen, heißt: Anti-Rassismus nicht vertagen

Die Corona-Krise darf uns nicht dazu verführen, den Rassismus zu unterschätzen; er muss benannt und bekämpft werden. Rechte Hetze und rechte Gewalt müssen auch während der Corona-Krise verfolgt werden. Die wichtigste Antwort auf die Angriffe gegen unsere vielfältige Gesellschaft ist nicht die Stagnation von Teilhabe von Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte, sondern ihr Ausbau.

ECHO

Die Festung Europa steht

Das Thema der Corona-Pandemie bestimmt die Medien und betrifft die Gesellschaft im Ganzen. Doch im Schatten dieser Krise spielt sich seit vielen Monaten eine absehbare Krise an den europäischen Außengrenzen ab. Seit vielen Monaten rufen die geflüchteten Menschen und ihre solidarischen Helfer*innen nach Hilfe. Das vollkommen überfüllte Lager auf einem ehemaligen Militärgelände „Moria“ in Griechenland ist zum fast vergessenen Sinnbild einer gescheiterten europäischen Flüchtlingspolitik geworden. Nachdem der türkische Präsident Erdogan die Grenzen für flüchtenden Menschen aus Syrien öffnete und diese mit Bussen zur griechischen Grenze bringen ließ, schaffte die griechische Regierung de Facto das Recht auf Asyl in Europa ab – mit Tolerierung aller EU-Staaten.

Seitdem sind die Menschen sowohl auf der türkischen als auch auf der griechischen Seite der Grenze der Willkür und Gewalt von Polizei, Militär und privaten bewaffneten Personen schutzlos ausgeliefert. Geflüchtete Menschen werden in den jeweils eingerichteten „Pufferzonen“ auf beiden Seiten der Grenze hin und her getrieben. Es werden Gasgranaten, Gummigeschosse und Tränengas eingesetzt, um die Menschen zurückzudrängen. Als EU Ratspräsidentin Ursula von der Leyen sich einen Eindruck der Lage verschaffen wollte, konnten die Bilder nicht symbolträchtiger sein: sie überflog das Gebiet mit ihren Kolleg*innen in einem Hubschrauber, um dann im Anschluss eine millionenschwere Aufrüstung der Grenzschutzagentur FRONTEX zu verkünden.

Einen humanitären Anspruch formulierten in dieser Situation nur wenige Stimmen innerhalb der EU. Stattdessen einigte man sich dort darauf, in einer europäischen Lösung, einige der geflüchteten Menschen in der EU zu verteilen. Es war von 1500 Menschen die Rede – im Anbetracht der Zahl von mehr als 20 000 Menschen alleine im Lager „Moria“ wohl eher ein symbolischer Tropfen auf den heißen Stein. Dann begann die Corona-Krise und alle Hilfe und Ambitionen fielen in sich zusammen. Es wurde zwar überall von Solidarität gesprochen, davon, die Schwachen und Armen als erste schützen zu müssen – nur leider waren hierbei nur die nationalen Interessen der einzelnen Ländern ausgesprochen.

Aber die Gegner*innen dieser europäischen Abschottungspolitik geben keine Ruhe. Selbst unter schwierigen Bedingungen wie Ausgangssperren und Versammlungsverboten wurde weiterhin versucht Druck auf die Europäische Union, aber auch die deutsche Politik zu machen. Unter dem Hashtag #leavenoonebehind organisierte das Bündnis „Seebrücke“ unterschiedliche Protestaktionen, sowohl im Internet als auch auf der Straße. So kam es etwa in Berlin als auch in Frankfurt am Main zu Protestaktionen mit Plakaten, Schuhen als Symbol für Opfer von Flucht und Vertreibung – und einem Abstand von 1,50 Meter. Dies hielt die Polizei an beiden Orten jedoch nicht davon ab, diesen friedlichen und symbolischen Protest zu unterbinden. Des Weiteren wurden Menschen aufgefordert, sich im Internet zu vernetzen und Plakate gegen die Abschottungspolitik oder dem Hashtag #leavenoonebehind aus oder an ihre Fenstern zu hängen und somit eine öffentliche Solidarisierung mit geflüchteten Menschen zu ermöglichen.

In Zeiten der Corona-Krise zeigen sich viele Schwächen innerhalb der Europäischen Union. Es gibt kein gemeinsames Vorgehen, Grenzen werden geschlossen und Solidarität wird trotz aller Beteuerungen meist national gedacht. Aber so uneins die Staaten sich innerhalb der europäischen Union auch sein mögen, was etwa die finanzielle Regelung der Krise oder das Erlassen von Notstandsgesetzten angeht, so einig ist man sich doch bei der weitgehenden Ignorierung der eigens herbeigeführten, humanitären Katastrophe an den Grenzen Europas.

Lucas Gruyters

Weltweite Konflikte durch Corona-Krise möglich

Die Corona-Pandemie hält die ganze Welt in Atem und sorgt zunächst vor allem in westlichen Industriestaaten für einen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen „Shut-Down“. Wie sich diese Pandemie jedoch auf andere Staaten dieser Welt, etwa in Afrika aber auch auf dem asiatischen Kontinent auswirken könnte, sieht man etwa an den verheerenden Auswirkungen, die der Shut Down in Indien auslöste. Dort brach durch das Wegfallen von Arbeit für Millionen Tagelöhner*innen eine riesige Stadtflucht aus. Straßen und Bahnhöfe waren überfüllt, lange Zeit bewegte sich durch die vielen Menschen auf den Straßen nichts mehr – und der Ausbreitung des Virus konnte unter diesen Umständen kaum noch Herr geworden werden.

Amnesty International hat nun in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, dass die Corona Pandemie von einigen Staatschefs in afrikanischen Staaten wie etwa Nigeria zu einem noch härteren Vorgehen gegen sich zivilgesellschaftlich organisierenden Menschen führt. Gleichzeitig gingen Menschen in diversen Ländern auf die Straße, um ihre Rechte einzufordern. Immer mehr afrikanische Staaten sehen sich zudem mit Angriffen durch bewaffnete Gruppierungen konfrontiert, insbesondere Burkina Faso, Kamerun, Mali, Mosambik und Somalia. Somit sind viele Menschen in einer gewalttätigen Situation von zwei Seiten bedroht. Amnesty International weist darauf hin: „Statt den Schwerpunkt von EU-Missionen auf Migrationskontrolle zu verlegen, muss die EU in ihren Unterstützungsmissionen den Schutz der Bevölkerung in den Mittelpunkt stellen.“

Die Sicherheitskräfte drohen im Kampf gegen Covid-19 zum Menschenrechtsrisiko zu werden. In diversen afrikanischen Staaten gehen Sicherheitskräfte mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen Menschen vor. In Südafrika wurden Gummigeschosse gegen Obdachlose eingesetzt, in Uganda wurde Covid-19 zum Vorwand genommen, um Homosexuelle zu verhaften. In Niger wurde ein Journalist verhaftet, weil er über einen Verdachtsfall von Covid-19 berichtete, so der Bericht von Amnesty International.

Auch der Zivile Friedensdienst (ZfD) warnt in einem Bericht, dass besonders in Krisen- und Konfliktregionen die Gefahr besteht, dass sich Konflikte verschärfen und Gewalt ausbricht. Der ZfD geht hier vor allem auch auf die mangelnde Infrastruktur von etwa fließendem Wasser oder unzureichender medizinischer Versorgung ein. Ebenfalls warnt der Friedensdienst vor der autoritären Handhabung der Corona-Krise durch einige Staaten. Es gelte daher, weiter für den Frieden zu Arbeiten und die bestehenden Projekte in etwa Kenia oder Ruanda weiter zu unterstützen.

Welche Folgen die Pandemie gerade für ärmere oder instabile Staaten haben wird, ist zu diesem Zeitpunkt schwer zu sagen. Die Berichte von Amnesty International und dem ZfD machen aber frühzeitig darauf aufmerksam, dass diese Pandemie ganz unterschiedliche Auswirkungen weltweit haben wird. Es gilt gerade hier, seine eigenen Privilegien zu sehen, die Menschen (bei aller Kritik) in den sog. westlichen Staaten noch haben - bestehende Infrastruktur, ein Krankensystem, staatliche Hilfen u.ä. – und ihre Solidarität auch weltweit nicht aufzugeben.

ECHO

Vorstand des VMDO: Arbeits- und Aktionsschwerpunkte 2020

Der aktuelle Vorstand ist erst seit einigen Monaten im Amt und dabei, seinen eigenen Weg im Interesse des VMDO und seiner Mitgliedsorganisationen zu finden. Dabei haben die Aufgaben des Vorstands zwei Richtungen:

- *nach außen* im Sinne eines Eintretens für gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte in Dortmund (und darüber hinaus),
- *nach innen* im Sinne einer Stärkung der Mitgliedsorganisationen und ihres Zusammenhalts im Verbund *und* der Weiterentwicklung einer *gemeinsamen Stimme*;

beides in enger und konstruktiver Abstimmung mit der Geschäftsführung des VMDO („Dienstleistungsbereich“) und im Austausch mit dem Kuratorium/Beirat als beratendem Gremium. Das „ECHO der Vielfalt“, das der Vorstand herausgibt, hat als Adressaten ebenfalls diese beiden Richtungen: in die Communities der Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die in Dortmund leben, hinein (und mit Beiträgen von ihnen) und in die interessierte lokale Öffentlichkeit und zur lokalen Politik.

Folgende Schwerpunkte wird es in 2020 geben:

• **Anti-Rassismus und Ausländerfeindlichkeit**. Die rechtsradikalen Terroranschläge von Hanau haben erneut gezeigt: Völkisches Denken steckt tief in unserer Gesellschaft; Rechtspopulismus und das Zurückweichen vor ihm haben schreckliche Folgen. Diese Bedrohungslage wird sich der VMDO stellen (müssen). Hierzu gehören die aktive Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen, der Aufbau von Bündnissen mit anderen Organisationen und die Entwicklung einer eigenen Kampagne.

• **Aufbruch für gleichberechtigte Teilhabe**. Eine Antwort, die wir von der Politik auf allen Ebenen erwarten, ist gleichberechtigte Teilhabe von Menschen aus Familien mit Einwanderungsgeschichte in allen gesellschaftlichen Bereichen. Anerkennung von Deutschland als Einwanderungsgesellschaft heißt genau das. In den letzten Ausgaben von „ECHO der Vielfalt“ gab es thematische Schwerpunkte, in denen es um Teilhabe-Defizite ging: auf dem Arbeitsmarkt, für altwerdende Menschen mit Einwanderungsgeschichte, beim Wohnen, in den Quartieren… Der Vorstand wird – in enger Abstimmung mit einschlägigen Projekten des VMDO - *Teilhabe-Defizite aufgreifen, konkrete Teilhabe-Forderungen stellen und hierzu Kampagnen durchführen*.

• **2020: ein Jahr wichtiger Wahlen auf der kommunalen Ebene**. Im Herbst 2020 findet die Wahl des *Oberbürgermeisters/ der Oberbürgermeisterin* statt. Am selben Tag werden auch die Wahlen zum Integrationsrat durchgeführt. Beides ist Anlass zu verbundsinterner Aufklärung und Meinungsbildung und öffentlichem Handeln. Der Vorstand hat auf der Mitgliederversammlung am 28. Februar 2020 einen internen Informations-, Aufklärungs- und Willensbildungsprozess in Hinblick auf die Wahl zum Integrationsrat initiiert. Es wird zugleich ein Meinungsbildungsprozess in Hinblick auf Wahlprüfsteine für die Oberbürgermeisterwahl und in Hinblick auf Veranstaltungen im Vorfeld der Wahl vorbereitet.

• **Den Zusammenhalt im Verbund stärken**: Nach einem turbulenten Jahr im Inneren des VMDO geht es nun darum, den Zusammenhalt im Verbund zu sichern und zu stärken. Die letzten Wochen zeigen: wir sind auf einem guten Weg. Hierzu werden drei Wege beschritten: (1) mehr Transparenz und Austausch, (2) mehr Debatte und (3) regelmäßige Willensbildung. Das Prinzip „Rechte und Pflichten“ wird der Mitgliedschaft im VMDO stärker als bisher zugrunde gelegt. Zum Zusammenhalt gehört auch, gemeinsam etwas zu unternehmen – Beispiel hierfür ist das jährliche Fußballturnier, das hoffentlich auch in diesem Jahr stattfinden kann - und gemeinsam zu feiern.

• **In der städtischen Öffentlichkeit sichtbar sein**. Sichtbarkeit und Präsenz in der städtischen Öffentlichkeit werden verbessert. Zur Präsenz gehört die Mitarbeit in Gremien, die vom Vorstand begleitet und über die regelmäßig in den Mitgliederversammlungen berichtet werden wird. Zur Sichtbarkeit gehören neben dem Haus der Vielfalt auch die Vereinslokale der Mitgliedsorganisationen und die Beteiligung an Veranstaltungen, wie z.B. dem Münsterstraßenfest. Dies soll nicht als lästige Pflicht, sondern als eine Chance für Begegnungen verstanden werden.

VMDO

Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

• **Dortmund ist keine Insel**. Viele Rahmenbedingungen für die Lage der Menschen aus Familien mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte werden nicht auf der kommunalen Ebene „gemacht“, sondern sind die Folge politischer Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene (die wiederum immer stärker auch mit Entscheidungen in der EU zusammenhängen). Der VMDO ist als Verbund ein neuer Typ von Migrantenorganisationen, der partizipativ, herkunftsunabhängig, kulturübergreifend und säkular ausgerichtet ist. Weil Dortmund keine Insel ist, ist der VMDO Gründungsmitglied des *Bundesverbands Netzwerke von Migrantenorganisationen (BV NeMO)*. Der Vorstand wird aktiv im Bundesverband mitarbeiten und ihn mitgestalten, er wird seine Arbeit nach innen in den VMDO hinein transparent machen und nach außen, in der Stadtgesellschaft, vertreten.

Nazi-Deutschland besiegt. Der Krieg ist aus

Vor 75 Jahren: Dortmund in Trümmern. Menschen auf der Flucht

Am 8. Mai 1945 kapituliert Nazi-Deutschland endgültig. In Dortmund war der Krieg schon am 13. April vorbei; sie wurde als letzte der großen Ruhrgebietsstädte durch die alliierten Truppen eingenommen, eine Woche dauerte die schwierige Einnahme der Stadt. Noch am 12. April – an dem Tag, als die Nazi-Statthalter aus der Stadt flohen – bringt die Gestapo Gefangene um.

Dortmund lag in Trümmern. Mehrfach war die Stadt, deren Stahlindustrie für die Nazi-Kriegsmaschinerie von großer Bedeutung war, Ziel von massiven Bombenangriffen; nach dem Großangriff in der Nacht vom 6. auf 7. Oktober 1944 vor allem dann am 12.März 1945 der schwerste Luftangriff, der auf eine europäische Stadt geflogen wurde. Die Zerstörungen hatten ein unvorstellbares Ausmaß: das Stadtzentrum ist zu mehr als 93 Prozent zerstört, 70 Prozent der Wohnungen unbewohnbar. In der Stadt, die vor dem Krieg eine halbe Million Einwohner hatte, leben 1945 noch 325.000 Menschen. In den ersten Tagen und Wochen ging es darum, irgendwie zu überleben: viele hundert Leichen waren zu bestatten, man wohnte in Trümmern, auf der Suche nach Lebensmitteln und Brennholz. Tatsächlich dauerte es Jahre, die Trümmer zu beseitigen, Ende 1950 erst ein Drittel. Die Wohnungsnot hielt an; viele Menschen mussten sich Wohnraum teilen.

Zugleich waren massenhaft Menschen unterwegs: Frauen und Kinder, die aus den Städten aufs Land evakuiert waren, und Kinder aus den „Kinderlandverschickungen“ kehrten zurück. Und Soldaten, die überlebt hatten: ein Großteil der Männer zwischen 19 und 40 Jahren war freiwillig oder zwangsverpflichtet in der Wehrmacht; allein 1,5 Millionen von ihnen östlich der Oder und Neiße.

Hinzu kam die Einwanderung von Menschen, die aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aber auch aus Ländern wie der Tschechoslowakei und Polen geflohen oder vertrieben waren. Die Volkszählung 1950 für die vorherigen westlichen Besatzungszonen, die seit 1949 die Bundesrepublik Deutschland bildeten, weist knapp 8 Millionen Vertriebene aus. Die Flüchtlinge verschärften die ohnehin katastrophalen Versorgungsbedingungen; sie waren aber zugleich auch die *Hauptleidtragenden*, von der Basisversorgung über Wohnungs- und Arbeitsbedingungen bis zur Ausbildung ihrer Kinder. Viele dieser Flüchtlinge trafen überdies auf offene Feindschaft und Ablehnung. In Nordrhein-Westfalen galt für das Ruhrgebiet bis 1951 eine fast absolute Zugangsbeschränkung; dies wurde in der Folge mit dem Ziel gelockert, junge arbeitsfähige Männer in Bergbau und Stahlindustrie einsetzen zu können. Tatsächlich arbeitete dann ein großer Teil der jüngeren männlichen Flüchtlinge und Vertriebenen, die ins Ruhrgebiet kamen, berufsfremd vor allem im Bergbau und in anderen Industrien. Schließlich führte der Wirtschaftsaufschwung nach der Währungsreform dazu, dass der Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet sehr aufnahmefähig wurde. Hatten zu Beginn viele der Geflüchteten und Vertriebenen noch Rückkehrhoffnungen, so ergab sich mit der Zeit eine immer stärkere Verwurzelung dort, wo man nun arbeitete und lebte.

Rückführung deutscher Kinder aus Polen, 1948. Foto: wikipedia.org

Es entsteht nach 1945 in den Städten des Ruhrgebiets eine neue Welt der Vielfalt, was Herkunft, Kultur, Religion und Gewohnheiten betrifft, eine neue Welt für alle, ob Einheimische, Rückkehrer oder Zugezogene, aber eine Welt, über die noch lange der Schatten von Nazi-Herrschaft, Terror, Krieg und Leid liegt.

wk

Buchtipp zu Kriegsende 1945:

Dieter Forte: In der Erinnerung

Dieter Forte erzählt die ersten Monate nach Kriegsende in einer westdeutschen Großstadt aus dem Blick eines zehnjährigen Jungen. Vor dem Kellerloch, in dem er haust, breitet sich ein riesiges Trümmermeer aus, eine vom Bombenhagel zerrissene und bis in die Fundamente aufgesprengte Steinwüste. In dieser Ruinenlandschaft leben Menschen unter elendsten Umständen, körperlich und seelisch zerbrochen. Der Roman beschönigt nichts; er zeigt die brutale Lebenswirklichkeit nach dem Ende des von Nazi-Deutschland herbeigeführten Kriegs. *wk*

60 Jahre Plus. Der Paritätische in Dortmund

Sozialdezernentin Birgit Zoerner bei der Jubiläumsveranstaltung im Bürgersaal

Foto: Mielek

Am 28.2.2020 feierte der Paritätische Kreisgruppe Dortmund 60 Jahre Plus in der Bürgerhalle des Rathauses. U.a. wegen des Kirchentages hatte der Kreisgruppenvorstand unter dem Vorsitz von Norbert Zimmering beschlossen, nicht im Jubiläumsjahr 2019, sondern in 2020 sein Jubiläum zu feiern. Gekommen waren zahlreiche Persönlichkeiten aus Stadt und Rat, Vertreter*innen der anderen Wohlfahrtsverbände und Partner*innen aus der Sozialen Arbeit. Und natürlich viele der 180 Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Dortmund. Sie leisten Tag für Tag soziale Arbeit am und mit Menschen – in 275 Diensten und Einrichtungen und mit über 5.000 Mitarbeitenden. Unter anderem in Kindertageseinrichtungen, stationären Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen, in der Jugendhilfe, in der Migrationsarbeit und im Rettungswesen.

Neben den Grußworten von Herrn Bürgermeister Manfred Sauer, Herrn Andreas Gora (Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Dortmunder Wohlfahrtsverbände) und Herrn Christian Woltering (Landesgeschäftsführer des Paritätischen NRW e.V.) gab es auch gute Unterhaltung durch den Chor „Hömma“. Und ein Gespräch mit der Sozialdezernentin Frau Birgit Zoerner zur sozialen Lage der Stadt Dortmund (siehe Bild; Frau Dezernentin Zoerner im Gespräch mit Andreas Koch (GrünBau), Isabel Cramer (Soziales Zentrum) und Gunther Niermann(Kreisgruppe ngeschäftsführer).

ECHO

DER PARITÄTISCHE DORTMUND

Unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Dortmund haben sich rund 200 gemeinnützige Vereine, Organisationen und Initiativen zusammengeschlossen. Sie bieten Unterstützungsleistungen in allen Lebensbereichen an:

- Beratung bei Ehe- und Lebenskrisen
- Unterstützung bei der Betreuung von Kindern
- Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene
- Unterstützung bei psychischen Erkrankungen
- Hilfen für Menschen mit Behinderungen
- Hilfen in Notlagen und bei besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Selbsthilfeunterstützung

Kontakt über

Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW
Kreisgruppe Dortmund
Ostenhellweg 42-48/Eingang Moritzgasse
44135 Dortmund
Telefon: (02 31) 189989-0, Fax: -30
dortmund@paritaet-nrw.org
www.dortmund.paritaet-nrw.org

Zum Paritätischen Dortmund gehören:

- 66 Angebote der Kinderbetreuung und Kinderbildung in Tagesstätten, im Offenen Ganztag und in der Tagespflege
- 64 Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements in allen Sozial- und Jugendbereichen
- 28 Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe und Altenpflege
- 22 Organisationen der Behindertenhilfe
- 21 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendhilfe
- 20 Organisationen im Bereich der Migration und interkulturellen Arbeit
- 19 Anbieter von Gesundheits- und Suchtkrankenhilfen
- 17 Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen sowie Bildungsstätten
- 13 spezifische Beratungsstellen und -angebote für Kinder und Familien, Frauen und Homosexuelle
- 9 Hilfseinrichtungen für Menschen in Not sowie Schuldner- und Sozialberatung
- 4 Angebote des Quartiersmanagements und der Gemeinwesenarbeit
- 1 Hilfs- und Rettungsdienst
- 1 Selbsthilfe-Kontaktstelle zur Unterstützung von über 400 Selbsthilfegruppen

1945: Befreiung der Zwangsarbeiter*innen

Damals auch in Dortmund: Deportierte aus vielen Ländern

Ein weiteres düsteres Kapital von Unrecht und Gewalt im nationalsozialistischen Deutschland: die Zwangsarbeit. Darunter versteht man die Verschleppung und Ausbeutung von über 13 Millionen ausländischer Männer und Frauen vor allem für den Einsatz in der Kriegsindustrie. Alle überfallenen Länder wurden als Arbeitskräftereservoir genutzt; Menschen z.B. in der Ukraine wurden von der Straße verschleppt und nach Deutschland gebracht. Ihre Lebensbedingungen waren katastrophal: bewacht und schikaniert, Schwerstarbeit mit langen Arbeitszeiten, schlechte Ernährung, in provisorischen Unterkünften und den Bombenangriffen noch hilfloser ausgesetzt als die einheimische Bevölkerung.

Arbeitskarte von Anna P.

Foto: www.zwangsarbeit-archiv.de

Auch in Dortmund - mit seiner Stahlindustrie ein Zentrum der Kriegsproduktion – gab es eine große Zahl von Arbeitsdeportierten, nach Angaben des Stadtarchivs mindestens rund 30.000. Einsatzort vieler deportierter Frauen war z.B. die Geschossfabrik des Dortmund-Hörder Hüttenvereins an der Rheinischen Straße. Das von der Gestapo betriebene „Auffanglager“ in Hörde gehörte zu den berüchtigten Orten; es diente in den letzten Monaten vor Kriegsende auch als Sammelstätte von Gefangenen aus anderen Städten des Ruhrgebiets.

Kurz vor dem Ende wurden viele Zwangsarbeiterinnen von der SS von Dortmund aus noch auf den Weg in verschiedene Konzentrationslager geschickt; wie viele überlebt haben, ist unbekannt. Zwischen dem 7. und 9. April wurden durch die Gestapo in mindestens 10 Massenexekutionen 300 Männer und Frauen umgebracht, unter ihnen viele Zwangsarbeiter. Kundgebungen am jeden Karfreitag in der Bittermark erinnern mahnend daran. In den Tagen um das Ende des Kriegs in Dortmund versuchten – wie überall – viele der Zwangsarbeiter*innen, sich nach Hause durchzuschlagen; andere wurden als „displaced persons“ von der alliierten Besatzung zunächst erneut interniert.

Im Nachkriegsdeutschland wurden diese Menschen oftmals als ‚Fremdarbeiter‘ bezeichnet. Dieser Begriff verharmlost die Unmenschlichkeit, mit der sie behandelt wurden, und verschleiert den Zwang als Grundlage des Arbeitseinsatzes. Seine damalige Benutzung ist Teil der mangelhaften Aufarbeitung der Verbrechen im Nazi-Deutschland; diese setzte erst viel später ein. *wk*

Wir Gedenken –

Mehmet Kubasik, der am 4.April 2006 von dem Rechtsextremen Terrornetzwerk NSU in Dortmund erschossen wurde. Wir sprechen der Familie unsere Anteilnahme und Solidarität aus. Wir fordern darüber hinaus eine Entschädigung für alle Hinterbliebenen des NSU Terrors sowie die Offenlegung aller NSU Akten. Das grade Dortmund ein Schauplatz des Rechten NSU-Terrors geworden ist, ist für uns kein Zufall. Es gilt alle Unterstützer*innen und Netzwerke (nicht nur) in Dortmund offenzulegen und zur Verantwortung zu ziehen.

Wir Gedenken –

Thomas „Schmuddel“ Schulz, der am 28.3.2005 von dem Nazi Sven K. mit einem Messerstich mitten in sein Herz an der U-Bahn Haltestelle Kampstraße ermordet wurde. Wir schließen uns der Forderung einer Permanenten Gedenkstätte am Tatort an. Sven K. ist noch immer aktives Mitglied der Dortmunder Neonaziszene und ist auch im Westfalenstadion des BVB und seiner aktiven Fanszene anzutreffen. Wir wünschen uns die Ächtung von Rechtsextremen Mördern und ein ehrliches Gedenken für ihre Opfer.

Nix und Niemand wird vergessen –
Rechte Gewalt benennen und bekämpfen !

Rassistischer Terror in Deutschland

Es passiert in diesem Land immer wieder. Die Geschichte rassistischen und antisemitischen Terrors, Morden und Anschlägen geht weit zurück.

Nach Ende des zweiten Weltkriegs, welcher mit der systematischen Vernichtung von Millionen von Menschen den Höhepunkt der Deutschen Barbarei darstellt, bewegten sich im Deutschland der Nachkriegsjahre viele Nazis innerhalb der Deutschen Gesellschaft wie Fische im Wasser. Eine Verfolgung der Täter des Naziregimes fand nur zögerlich und unter Druck der alliierten Streitkräfte statt. Die Mehrheit der Täter konnten weiter politisch agieren und rechte/rechtsextreme Strukturen aufbauen. Von Anfang an spielten hierbei Gewalt, Bewaffnung und Anschläge eine feste Rolle.

Rechtsextremer Straßenterror ist seit dem zweiten Weltkrieg nie gänzlich aus Deutschland verschwunden. Nur das Wegschauen oder tolerieren durch die Politik variierte. Mal wurden die Angriffe runtergespielt, mal als Handlungen von Einzeltätern verharmlost. Als durch die Anschlagswellen in den 90er Jahren das Potenzial rechtsextremer Gewalt in Deutschland nicht mehr zu leugnen war, beschäftigten sich die meisten Führenden Persönlichkeiten nicht etwa mit den Ursachen oder den Opfern dieser Gewalt – stattdessen wurde das Grundrecht auf Asyl massiv eingeschränkt.

Anfang der 2000er Jahre waren es vor allem Menschen aus der Zivilgesellschaft, Antifaschistinnen und Betroffenengruppen, die das Wiedererstarken einer Rechten Bewegung in Deutschland versuchten zu Thematisieren – meist vergeblich und oft alleine gelassen von politischen Parteien.

So waren es etwa Antifaschistische Strukturen, die bereits Anfang der 2000er Jahre auf das Rechte Netzwerk „Combat18“ sowie das Netzwerk „Blood and Honour“ aufmerksam machten, auch und grade in Dortmund. Sie blieben zunächst ungehört. Dennoch schafften sie es, zu sensibilisieren, Informationen zu sammeln und allmählich eine Problematisierung Rechten Terrors in der Öffentlichkeit herbeizuführen. Das Auffliegen des NSU im Jahr 2011 stellte aber auch für die bereits aktiven Menschen eine Zäsur dar – die Hinterbliebenen der Opfer wurden Jahrelang mit ihrer Angst, ihren Sorgen und ihrer klaren Aussage, dass es sich bei den Morden um eine rechte Mordserie handelt, alleine gelassen. Sie wurden kriminalisiert und nicht gehört. Hieran zeigt sich, dass die Stimmen der Opfer niemals wieder ungehört bleiben dürfen – sie müssen sprechen und Gehör finden.

Genauso verhält es sich nun mit den Opfern und Angegriffenen von Halle und Hanau. Wenn Menschen mit Migrationsgeschichte oder Jüdinnen und Juden von Rassismus und Antisemitismus berichten, dann muss ihnen zugehört werden. Und es müssen endlich die Rückschlüsse und Konsequenzen gezogen werden: Rechter Terror fällt nicht vom Himmel, sondern ist fest in der Deutschen Gesellschaft verankert. Sie ist schon immer Teil dieses Landes gewesen und wird es auch bleiben. Es bleibt nur, dagegen Aufzustehen und den Mund aufzumachen, solidarisch mit den Betroffenen zu sein und ihnen Zuzuhören und Gehör zu verschaffen. Des Weiteren müssen Rechte Täter benannt, ihre Strukturen offengelegt und auf allen Ebenen bekämpft werden.

Lucas Gruyters

Dortmunder Demo im Februar gegen Rassismus, Antisemitismus und Terror. Foto: J.Abolnikov

Bedrohte Kommunalpolitik

Politisch motivierte Straftaten und Bedrohungen gegen Lokalpolitiker nehmen stark zu

Über 1200 politisch motivierte Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger wurden im vergangenen Jahr erfasst. Laut einer Umfrage des ARD-Magazins „report München“ haben 40 Prozent aller deutschen Rathäuser schon einmal mit Stalking, Drohungen und Beschimpfungen zu tun gehabt.

Dortmund wird in der Öffentlichkeit als Hochburg der Rechtsextremisten wahrgenommen, obwohl der Kreis der aktiven Rechten relativ klein ist - dafür aber umso lauter und medienpräsent.

Auch hier in Dortmund haben die Kommunalvertreter, die Bezirksbürgermeister und Ratsmitglieder mit rechten Anfeindungen zu kämpfen. Es gibt unter den 12 Bezirksbürgermeistern keinen, der nicht in irgendeiner Weise Ziel einer rechten Anfeindung geworden ist. Es werden Hauswände und Autos beschmiert, Reifen zerstochen und Drohungen ausgesprochen.

Nicht unproblematisch ist auch der Umgang mit Ratsvertretern der Rechtsextremen, in Dortmund sind das aktuell zwei, einer von der Partei "Die Rechte", einer von der NPD. Die Ratsmitgliedschaft gibt ihnen einen, wenn auch geringen Zugang zur Kommunalpolitik und eine Bühne für provokative Aktionen. Alles wird gefilmt und fotografiert und nach Möglichkeit in den digitalen Medien veröffentlicht. In Dortmund hat man eine Antwort darauf gefunden. Klare Haltung zeigen, gegen Antisemitismus, gegen Volksverhetzung, gegen Migrantenhetze.

In anderen Regionen Deutschlands, insbesondere im Osten, stellt sich das oft anders da. Dort fühlen sich kommunale, meist ehrenamtliche Vertreter von sowohl von der Politik als auch von der Öffentlichkeit im Stich gelassen. Einige haben daraus schon die Konsequenz gezogen und sind zurückgetreten. Diese Fälle haben dazu geführt, dass auch die Bundespolitik aktiv wird, denn wenn die Kommunalpolitiker bedroht werden ist die gesamt Kommunalpolitik und somit die demokratische Ordnung bedroht.

Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke wurde am 2. Juni 2019 vor seinem Haus von einem Rechtsextremisten erschossen.

Foto: nh

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Burkhard Jung (SPD), hat eine breite gesellschaftliche Reaktion auf die wachsende Zahl von Straftaten gegen Kommunalpolitiker eingefordert. Die Gesellschaft müsse dieser Entwicklung "entschlossen entgegentreten".

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat im März gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin von Zwickau, Pia Findeiß, zu einer Diskussionsveranstaltung "Gemeinsam gegen Hass und Gewalt – Kommunalpolitiker nicht allein lassen!" ins Zwickauer Rathaus eingeladen.

In seiner Ansprache betonte der Bundespräsident, dass all die Menschen gebraucht würden, die bereit sind, Verantwortung vor Ort zu tragen. Kommunalpolitiker seien das Fundament, auf dem das Gebäude der Demokratie ruht. In der letzten Zeit hätten die Übergriffe ein Ausmaß und eine Häufigkeit erreicht, die für den Bundespräsidenten nur eine Schlussfolgerung zulassen: „Wir dürfen nicht zulassen, dass Kommunalpolitikerinnen und -politiker in unserem Land zu Fußabtretern der Frustrierten werden." Die Demokratie müsse sich wehren können gegen ihre Feinde, und sie müsse Wehrhaftigkeit zeigen. Niemand dürfe mehr sagen, dass es ihn selbst nicht betreffe, und niemand dürfe mehr schweigen, so der Bundespräsident.

So wie in Dortmund. Haltung zeigen.

ECHO

Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen

Eine lokale Beratungsstelle des VMDO in Dortmund

Wie vielen von Ihnen bekannt ist, gehören Migranten*innenorganisationen zu den wichtigsten Akteuren der Integrations- und Migrationsarbeit.
Sie sind in zahlreichen Feldern, wie beispielsweise in der Kinder-, Jugend-, Kultur -und Bildungsarbeit, Sozialberatung, Antidiskriminierungsarbeit, aktiv und erfüllen für ihre Mitglieder viele unterschiedliche unterstützende Funktionen in diesen Bereichen.
Oftmals erfüllen Migrant*innenorganisationen auch Brückenfunktionen zwischen Menschen mit Migrationsgeschichte und der Mehrheitsgesellschaft in Deutschland.
Seit dem 1.1.2020 gibt es nun erstmals eine Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen in einer Kommune in NRW, die eine beratende Struktur für junge und länger bestehende Vereine darstellt.
Die Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisation richtet sich an interessierte Migrant*innenorganisationen mit Sitz in Dortmund, die eine partizipative, demokratische, religionsübergreifende und lokale Orientierung teilen.
Dabei sind die Ziele der Beratungsstelle, die Unterstützung von Migrant*innenorganisationen in ihrer Vereinsentwicklung und Professionalisierung. Dies soll durch die Begleitung der Vereine bei der Durchführung von vereinsinternen Projekten oder auch bei der konstruktiven Gestaltung der Stadtgesellschaft und des Zusammenlebens vor Ort erfolgen.
Es werden im Rahmen des Projekts bedarfsgerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote mit Hinblick auf Öffnung und Teilhabe an der Stadtgesellschaft gemacht.
Die Fachberatungsstelle für Migrant*innenorganisationen stellt eine Dienstleistungsstelle/ Anlaufstelle bei Fragen rund ums Vereinswesen dar.
Darüber hinaus werden die Migrant*innenorganisationen in Dortmund bei der Bildung von Kooperationen und Netzwerkarbeit unterstützt.
Um dies zu erreichen, wird bedarfsgerecht unterstützt durch:

- individuelle Beratungen und Begleitung von Vereinen
- Workshops/ Fortbildungen zur Vereinsentwicklung und Professionalisierung
- Angebote zu Vereinsrecht, Buchhaltung, Datenschutz im Verein, Wissensaustausch, Öffentlichkeitsarbeit
- finanzielle Unterstützung bei Vereinsmaßnahmen und Aktivitäten
- Fachberatung zu Engagement und vereinsrelevanten Themen
- Vorortberatung (gegenwärtig aufgrund der Ausgangs-und Kontaktbeschränkungen nicht)
- Onlineberatung
- Digitalisierung in der Vereinsarbeit
- regelmäßige Durchführung von Bestandsaufnahmen von Vereinen mit integrierter Bedarfsermittlung
- regelmäßige Tagungen (gegenwärtig online) zu migrationsspezifischen Themen
- Qualifizierungsangebote/Fortbildungen zu Themen wie Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

und vieles mehr!
Eine enge Zusammenarbeit der Fachberatungsstelle Migrant*innenorganisationen besteht mit MIA-DO-KI und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Dortmund.

Beratungszeiten:
montags: 14-19 Uhr, aufgrund der aktuellen Lage nur telefonisch und bei Wunsch und Bedarf auch per Videoanruf/Videokonferenz.

Ansprechpartner*innen:

Leyla Boran

Email: l.boran@vmdo.de
Tel: +49(0) 231 28676792
Mobil: +49(0) 176 12867872

Armel Djine

Email: a.djine@vmdo.de
Tel: +49(0) 231 28676792
Mobil: +49(0) 176 12867872

Leuthardstr. 5-7, 44135 Dortmund
www.vmdo.de

Häusliche Gewalt - Zunahme durch die Corona-Maßnahmen?

Angesichts der Corona-Krise sind viele Menschen in der häuslichen Quarantäne, in Kurzarbeit, arbeiten im „Homeoffice“ Modus, die Kitas und Schulen sind geschlossen und ein Kontaktverbot im öffentlichen Raum wurde erlassen. Das gewohnte Alltagsleben muss neu geordnet werden, was eine anstrengende Anforderung an alle ist. Viele Familien sind deshalb alle den ganzen Tag über gemeinsam in ihren Wohnungen zusammen. Besonders belastend ist es bei kleinen Wohnungen, so dass die Familienmitglieder sich nicht auch mal zurückziehen können. Obwohl bisher keine Daten über eine Zunahme von häuslicher Gewalt vorliegen , ist zu vermuten, dass es zu mehr Übergriffen in den Familien kommt. Dass keine neue Daten zur Gewalt in der Familien vorhanden sind, liegt auch daran, dass die Schulen und Kitas Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche über solche Vorgänge sind. So muss man vermuten, dass eine gewisse Dunkelziffer hinsichtlich der häuslichen Gewalt vorhanden ist. Auch die Jugendämter, die für Kinder und Jugendliche zuständig sind, sind als Ansprechpartner zur Zeit mit weniger Personal ausgestattet und können insbesondere keine Hausbesuche wegen der Ansteckungsgefahr der Sozialarbeiter/innen machen. Das Problem des Zusammenhangs von Veränderung des Alltagsleben durch die Corona-Krise und häuslicher Gewalt ist äußerst komplex, deshalb werden hier nur einige Aspekte beschrieben.

Häusliche Gewalt kommt in allen gesellschaftlichen Schichten vor. Die Familie ist keineswegs der „Ort der Glückseligkeit“. Gewalt im häuslichen Zusammenleben betrifft in der Mehrheit Frauen und Kinder; die Täter sind meistens die Partner oder Väter oder andere Verwandte. „Häusliche Gewalt … umfasst alle Formen der körperlichen, sexuellen, seelischen und wirtschaftlichen Gewalt“

Eine empirische Studie kam zum Ergebnis, dass besonders Personen von Familien an der Armutsgrenze leben müssen, darunter auch solche mit Fluchterfahrung, insgesamt sind Menschen mit Migrationshintergrund besonders von häuslicher Gewalt betroffen. Diese Gruppe von Menschen sind materiell überproportional von Armut betroffen, weil sie bei zunehmender Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit auf staatliche finanzielle Hilfe angewiesen sind. Dies kann psychische und physische Folgen haben, die auch Gewalt gegen Menschen in ihrem zu Hause bedeuten können.

Angesichts der Verminderung des Personals in der Sozialarbeit, die auch zur Zeit keine Hausbesuche wegen der Ansteckungsgefahr machen, gibt es kaum Daten und Berichte über die häusliche Gewalt aktuell.
Die Gesundheitsstrategie der Politik zentriert sich stark auf die Eindämmung des Corana-Virus und ihre Ansteckungsketten und vernachlässigt die gesamte Gesundheitsperspektive, die auch die häusliche Gewalt umfassen muss. Insbesondere betroffen sind Kinder, die am wenigsten ein Schutzangebot bekommen, weil die Erzieher/innen und Lehrer/innen eine wichtige Rolle für die Aufdeckung von Gewalt in der Familie spielen können. Denn auch wenn ein Leben in Armut und schwierigen Familienverhältnissen bedrängend ist, können die Bildungseinrichtungen einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebenschancen der Kinder leisten. Deshalb müssen insbesondere Schulen und Kitas sehr schnell wieder geöffnet werden. Sonst erhöht sich die Spaltung von reich und arm immer weiter. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche in Familien, die an der Armutsgrenze leben müssen, denn die Schulpflicht ist ein wichtiger Beitrag zur Erhöhung der Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen: und zwar auch der schwächsten Schichten in unserer Gesellschaft.
Die Einschränkung der Freiheit der Menschen und auch der Kinder darf deshalb nur für eine kurze Ausnahmezeit verordnet werden, weil sonst die Würde des Menschen als Anspruch des Grundgesetzes außer Kraft tritt.
Abstand und Anstand sind deshalb auch mindestens gleichgewichtige Gebote für das Leben.

APK

Çarşema Serê Nîsanê

„Der sog. Rote Mittwoch-Das Fest der Schöpfung im Ezidentum“

Das jesidische/ezidische/ezdayîsche Neujahr der sog. Rote Mittwoch-Das Fest der Schöpfung im Ezidentum wird alljährlich am ersten Mittwoch im April gefeiert. Da der ezdayische Kalender dem in Deutschland gültigen gregorianischen Kalender um 13 Tage nachgeht, wird das Neujahresfest traditionell nach dem hiesigen Kalender Mitte April am Mittwoch gefeiert.

In diesem Jahr fand das Çarşema Serê Nîsanê Fest am 15.04.2020 statt.
Das Fest steht im Zeichen der Schöpfung, Ankunft in dieser Welt und der Nächstenliebe.
Der Feiertag lässt sich auf sumerische und babylonische Traditionen zurückführen. Dem jesidischen/yesidischen/ezdayîschen Glauben nach, hat an diesem Tag der Engel Tawisî Melek die Welt im Auftrag Gottes erschaffen und die Farben in die Welt gebracht.
Gefeiert wird der Tag weltweit von bis zu einer Million Menschen mit Essen, Tanz und dem Färben von, sowie verschenken und spielen mit bunt bemalten Eiern. Alle Altersgruppen können mitmachen.
An diesem Feiertag binden sich die Ezdayî, aber auch allen Menschen, die interessiert sind, grün, rot und gelbe oder auch rot und gelbe oder weiss und rote selbstangefertigte Wunschbänder um das Handgelenk.
Der Verein „Mala Ezidxan Dortmund und Umgebung e.V.“ hatte in diesem Jahr, wie auch in den Jahren 2018 und 2019, eine große Veranstaltung mit bis zu 1000 Menschen geplant, um mit den Menschen aus Dortmund und Umgebung das Çarşema Serê Nîsanê gemeinsam in Dortmund zu zelebrieren.
Aufgrund der aktuellen Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen wegen Covid-19 konnte das Fest nicht wie geplant in großen Kreisen gefeiert werden.
Dennoch feierten die Menschen unter Einhaltung der gültigen Ausgangs- und physischen Kontaktbeschränkungen das Çarşema Serê Nîsanê Fest am 15.04.2020 im engen Familienkreis oder brachten einander Essen und bunte Eier die sie bemalt hatten zu Nachbarn, Bekannten und Verwandten und gaben sie an der Tür ab. Viele von ihnen stellten aber auch das mitgebrachte Essen und andere Leckereien vor die Haus- oder Wohnungstüren oder schickten sich gegenseitig Bilder oder riefen sich gegenseitig per Videoanruf an und gratulierten einander.
In der Hoffnung auf ein großes Çarşema Serê Nîsanê Fest im kommenden Jahr 2021, wünschen wir allen Menschen ein glückliches, gesundes und heiteres Jahr.

Foto: ECHO

ECHO

Gemeinsam für einen starken Stadtteil

Unternehmen fördern mit 45.500 Euro Projekte mit dem Quartiersmanagement Nordstadt

Wenn eine Partnerschaft elf Jahre andauert, kann man von großer Treue sprechen. Das Quartiersmanagement Nordstadt hat eine solche Verbindung und zwar mit den Wohnungsunternehmen DO-GEWO21, Julius Ewald Schmitt GbR, LEG Wohnen NRW GmbH, Spar- und Bauverein eG, Vivawest Wohnen GmbH und der Entsorgung Dortmund GmbH.
Jahr für Jahr bringen sie gemeinsam neue Projekte an den Start und pflegen Bewährtes. Die Aktivitäten beziehen die Bewohnerschaft und die Akteur*innen in starkem Maße ein. Der Stadtteil darf sich also 2020 wieder über eindrucksvolle 45.500 Euro und ein attraktives Programm freuen, das dieser Zusammenarbeit zu verdanken ist.
Aufgrund der aktuellen Einschränkungen durch das Coronavirus ist auch die Umsetzung dieses Programm, das üblicherweise bereits im Frühjahr mit vielen Aktivitäten im öffentlichen Raum startet, zunächst ausgesetzt. Wann und mit welchen konkreten Projekten das Programm später starten kann, ist derzeit noch nicht absehbar. Dass es weitergehen wird, darüber sind sich alle einig. In der Zwischenzeit wird das Quartiersmanagement Nordstadt auch andere Möglichkeiten prüfen, etwa die Einbindung digitaler Medien als Beteiligungsmöglichkeit oder aktivierende Projekte zu den verabredeten Themenschwerpunkten. Auch die Bewohnerschaft ist herzlich eingeladen Vorschläge einzubringen. “Wir sind zu den Bürozeiten telefonisch und per E-Mail weiterhin erreichbar und informieren regelmäßig auf unserer FacebookSeite über laufende und geplante Aktivitäten“, erläutert Quartiersmanager Martin Gansau.
Planungsdezernent Ludger Wilde hebt hervor: „Das Engagement der beteiligten Unternehmen für die Dortmunder Nordstadt geht weit über diese Förderung hinaus. Mit ihren Investitionen in den Wohnungsbestand bringen sie zum Ausdruck, dass sie die Zukunftschancen des Stadtteils äußerst positiv bewerten. Umso erfreulicher ist es, dass sie mit den Spenden zusätzlich den Zusammenhalt im Quartier fördern. Ihnen gilt dafür besonderer Dank im Namen der Stadt Dortmund“.

Quelle:
Pressestelle Stadt Dortmund

Wichtige Adressen und AnsprechpartnerInnen

MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund

MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum Dortmund arbeitet **an der Umsetzung des „Masterplan Integration“**.
Betenstr. 19, 44122 Dortmund
Tel: 0231-5026449, Fax: 0231-5010027
E-Mail: miadoki@dortmund.de
Internet: miadoki.dortmund.de

Bürgerdienste

Tel.: (0231) 50-13331 oder 50-13332,
buergerdienste@stadtdo.de

Einbürgerung

Info-Service-Nr.: **0231-5026999**.
Online-Terminvereinbarung unter
www.einbuergerung.dortmund.de
E-Mail: **einbuergerung@stadtdo.de**
Die Einbürgerungsstelle:
Stadthaus Olpe 1, 44135 Dortmund.
Öffnungszeiten: Mo, Di, Do und Fr.
07:30 - 12:00 Uhr

Integrationssprachkursträger

Auslandsgesellschaft Deutschland e.V.
Steinstraße 48, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-838000
info@auslandsgesellschaft.de
www.auslandsgesellschaft-deutschland.de

Planerladen e.V., Sprachförderung
Rückertstraße 28, 44147 Dortmund
Tel.: 0231-828362
sprachfoerderung@planerladen.de
www.planerladen.de

pdl – Projekt Deutsch lernen
Interkulturelles Zentrum am Burgtor
Münsterstraße 9-11, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-839822
www.vfz.de, E-Mail: office@vfz.de

Berlitz Deutschland GmbH
Hohe Straße 1, 44139 Dortmund
Tel.: 0231-1385060
Fax: 0231-13850669
dortmund@berlitz.de
www.berlitz.de

CJD-Sprachschule
Haus am Park, Evinger Parkweg 11
44339 Dortmund
Tel.: 0231-985023-9998
barbara.fertsch@cjd-dortmund.de
www.cjd-dortmund.de

IB Geschäftsstelle Dortmund
Schwanenstraße 30, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-58449860
sbs-dortmund@nternationaler-bund.de
www.internationaler-bund.de

Kath. Bildungswerk der Dortmunder Dekanate e.V.
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1848249
gahle@kbs-dortmund.de
www.kbs-dortmund.de

TÜV-Nord Bildungszentrum Dortmund
Bärenbruch 128, 44379 Dortmund
Bildungsberater für Unternehmen und Privatkunden
Daniel Paar: Tel.: 0231-96700035,
H.: 0171-7646102
Ronald Kaczynski: Tel.: 0231-96700031
E-Mail: r.kaczynski@tuv-nord.de

VHS Dortmund
Hansastraße 2-4, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-24705
jdieckerhoff@stadtdo.de
www.vhs.dortmund.de
VHS Dortmund – persönliche Beratung
Infos unter www.vhs.dortmund.de und im gedruckten Programmheft.
Allgemeine Auskünfte: 0231-50-24727

Westfalia Bildungszentrum e.V.
Bissenkamp Str. 12-16, 44135 Dortmund
Mo.-Fr. 08:30-19:00, Sa. 09:00-14:00
Telefon: 0231-33015438
info@westfalia-bildungszentrum.de

Integrationsagenturen

Planerladen e.V.
Integrationsagentur Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit im Handlungsfeld Wohnen
Schützenstraße 42, 44147 Dortmund
Tel. 0231-8820700
integration@planerladen.de
www.planerladen.de
www.integrationsprojekt.net

AWO UB Dortmund
Klosterstr. 8-10, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-9934-210
r.erdmann@awo-dortmund.de
www.awo-dortmund.de

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dortmund e.V.
Beurhausstr. 71, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1810218
karin.langrzyk@drk-dortmund.de
www.drk-dortmund.de

Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund
Prinz-Friedr.-Karl-Str. 9,
44135 Dortmund
Tel.: 0231-55747213
dick@jkgd.de, www.jg-dortmund.de

Caritasverband Dortmund e. V.
Bernhard-März-Haus
Osterlandwehr 12-14,
44145 Dortmund
Tel.: 0231-86108020
bmaerz@caritas-dortmund.de
www.caritas-dortmund.de

Migrationsberatungsstellen

Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Dortmund
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-9934-0
info@awo-dortmund.de
www.awo-dortmund.de

Caritasverband Dortmund e.V.
Bernhard-März-Haus
Osterlandwehr 12-14, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-861080-0
bmaerz@caritas-dortmund.de
www.caritas-dortmund.de

Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Dortmund e.V.
Beurhausstraße 71, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1810-0
migrationsberatung@drk-dortmund.de
www.drk-dortmund.de

Diakonisches Werk Dortmund
Rolandstraße 10, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-8494-600
sozialbuero@diakoniedortmund.de
www.diakoniedortmund.de

IN VIA Dortmund e.V.
Jugendmigrationsdienst
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-1848-142
u.kurz@invia-dortmund.de
www.invia-dortmund.de

Hilfe und Angebote für Frauen

Dortmunder Mitternachtsmission
Beratungsstelle für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel
Dudenstraße 2-4, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-144491
mitternachtsmission@gmx.de
www.mitternachtsmission.de

Frauenberatungsstelle
Frauen helfen Frauen e.V.
Märkische Straße 212-218,
44141 Dortmund
Tel.: 0231-521008
frauen@frauenberatungsstelle-dortmund.de
www.frauenberatungsstelle-dortmund.de

Frauenübernachtungsstelle
Diakonisches Werk
Prinz-Friedrich-Karl-Straße 5
44135 Dortmund
Tel.: 0231-584496-0
fues@diakoniedortmund.de
www.diakoniedortmund.de

Frauenzentrum Huckarde
Arthur-Beringer-Straße 42
44369 Dortmund
Tel.: 0231-391122
info@frauenzentrum-huckarde.de
www.frauenzentrum-huckarde.de

Mehrgenerationenhaus
Mütterzentrum Dortmund e.V.
Hospitalstraße 6,
44149 Dortmund
Tel.: 0231-141 662
buero@muetterzentrum-dortmund.de
www.muetterzentrum-dortmund.de
Öffnungszeiten des offenen Treffs und des Cafés: Mo bis Fr 9:00 bis 18:00
LEBEDO, Beratungsstelle für lesbische und bisexuelle Frauen und deren Freunde und Angehörige
Goethestr. 66, 44147 Dortmund (Untergeschoss Edward-Clement-Haus),
Tel.: 0231-98221440, info@ebedo.de
oder brokemper@lebedo.de,
www.lebedo.de

Erziehungshilfe

AMBE - Ambulante Erziehungshilfe
(mehrsprachige Hilfe u. Betreuung)
Öffnungszeiten und telefonische Sprechzeiten: Montag – Freitag 8-16 Uhr
Rheinische Str. 171, 44147 Dortmund
Telefon: 0231 286783-50 oder -51
Fax: 0231 286783-49

Beratungstellen

Arbeitslosenzentrum
Leopoldstr. 16-20, 44147 Dortmund
Telefon: 0231-812124
info@alz-dortmund.de
www.alz-dortmund.de
Bürozeiten: Mo., Mi., Do.: 08:30-16:00;
Di.: 08:30-12:00, Fr.: 08:30-12:30 Uhr

Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstr. 8-12, 44145 Dortmund
Beratungsstelle Westhoffstraße:
Tel: 0231-840340. Fax: 0231-840341
Mail: info@westhoffstrasse.de
www.westhoffstrasse.de
Soziales Zentrum: Tel: 0231-840310
Seniorenwohnungen:
Tel: 0231-840338 (10-12Uhr)

FEEDBACK
Fachstelle für Jugendberatung & Suchtvorbeugung Dortmund
Kuckelke 20, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-70099290
info@feedback-dortmund.de
www.feedback-dortmund.de

Selbsthilfe-Kontaktstelle Dortmund
Ostenhellweg 42-48, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-529097. Fax: 0231-52090.
selbsthilfe-dortmund@paritaet-nrw.org
www.selbsthilfe-dortmund.de
Sprechzeiten: Mo + Mi 9:00-13:00 und 14:00-16:30 Uhr; Do 14:00-16:30 Uhr; Fr 9:00-13:00 Uhr und
Telefonische Abendsprechzeit:
1. Donnerstag im Monat 16.30-19.00

Evangelische Beratungsstelle für Erziehungs.-, Ehe.-u. Lebensfragen
Klosterstraße 16,
44135 Dortmund
Telefon 0231-8494480

Erziehungsberatungsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen
Joachimstr. 2, 44145 Dortmund
Telefon 0231-86108515

Beratungsstelle Scharnhorst
Hesseweg 24, 44328 Dortmund
Telefon 0231-239083

Beratungsstelle für Personen deren Versicherungsstatus unklar ist
Clearingstelle Gesundheit Dortmund
Ludwigstr. 14, 1. Etage, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-28676022
Beratungssprachen: Deutsch, Rumänisch, Serbisch, Katalanisch, Spanisch, Bulgarisch, Türkisch, Englisch, Mazedonisch, Italienisch

Gleichstellungsbeauftragten

JobCenter Dortmund
Gabi Herweg-Zaide, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt
Südwall 5-9,
44137 Dortmund
Tel.: 0231-842-1572
jobcenter-dortmund.bca@obcenterge.de
www.jobcenterdortmund.de

Agentur für Arbeit Dortmund
Sladjana Mitrovic, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und Migrationsbeauftragte
Steinstr. 39,
44147 Dortmund
Tel.: 0231-842-1272
dortmund.bca@arbeitsagentur.de
www.arbeitsagentur.de/dortmund

Quartiersmanagementbüros

Geschäftsstelle Quartiersmanagement Nordstadt
Mallinckrodtstr. 56, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-2227373
Martin Gansau, Projektleitung
info@nordstadt-qm.de
www.nordstadt-qm.de

Quartiersbüro Hafen
Schillerstraße 37,
44147 Dortmund
Didi Stahlschmidt. Sprechzeiten:
Di 14-18 Uhr und Mi 9-12 Uhr.
hafen@nordstadt-qm.de

Beratungsstellen für Senior(inn)en

Seniorenbüro Innenstadt West
Lange Str. 42, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-39572-14
Seniorenbüro Innenstadt Ost
Märkische Str. 21, 44141 Dortmund
Tel.: 0231-50-29690
Seniorenbüro Innenstadt Nord
Westhoffstr. 8-12, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-4775240
Seniorenbüro Dortmund-Aplerbeck
Aplerbecker Marktplatz 21,
44287 Dortmund.
Tel.: 0231-50-29390
Seniorenbüro Dortmund-Brackel
Brackeler Hellweg 170,
44309 Dortmund
Tel.: 0231-50-29640

Wirtschaftsförderung Dortmund

NORDSTADT-BÜRO
Mallinckrodtstraße 2, 44145 Dortmund
Tel. 0231-286739-0
hubert.nagusch@stadtdo.de

Gesundheitsberatung

Sozialpsychiatrischer Dienst - Beratungsstelle Mitte
Eisenmarkt 3, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-5022534
E-Mail: 53psych-mitte@stadtdo.de

Sozialpsychiatrischer Dienst - Beratungsstelle Nord
Bornstr. 239, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-5025391
E-Mail: 53psych-nord@stadtdo.de

Sozialpsychiatrischer Dienst - Methadonambulanz
Tel.: 0231 5025392, Fax: 0231 50-26638
E-Mail: 53methad-amb@stadtdo.de
Susanne Dillenhöfer, Ärztliche Leiterin

Beratungsstelle zu sexuell übertragbaren Krankheiten, AIDS und Tuberkulose
Hövelstraße 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-5023601. Fax: 0231-5023592
E-Mail: aidsberatung@stadtdo.de
Internet: dasaidsteam.dortmund.de
(keine Anmeldung erforderlich)

DROBS Drogenberatungsstelle
Schwanenwall 42, 44135 Dortmund
Tel.: 0231-4773760
E-Mail: info@drobs-dortmund.de
www.drobs-dortmund.de

Flüchtlingsarbeit (VMDO e.V.)

Flüchtlingsberatung VMDO e.V.
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Ulrike Podhajski
Tel: 0231-28678242.
Fax: 0231-28678166
E-Mail: u.podhajsky@vmdo.de
Sprechzeiten: Mo., Di., Do., Fr.: 10-12 Uhr

Koordinierung Ehrenamtliche Hilfe (VMDO e.V.)
Johanna Jost
Leuthardstr 1-7, 44135 Dortmund
Tel. 0231-28676790/91
E-Mail: j.jost@vmdo.de

BeVi - Beratung der Vielfalt (VMDO e.V.)
Beratungen zur Beruflichen Entwicklung
Beuthstraße 21, 44147 Dortmund
Gisela Reppel (g.reppel@vmdo.de)
Antje Krah (a.krah@vmdo.de)
Telefonische Terminvereinbarung
Tel.: 0231-28678744, Fax: 0231-28678166
www.vmdo.de/bevi/

KiVi - Kinder der Vielfalt (VMDO e.V.)
Offener Kinder- und Jugendtreff für Kinder im Alter zwischen 6-14 Jahren
Beuthstraße 21, 44147 Dortmund
Öffnungszeiten: Mo.-Fr.: 15:00-20:00,
Sa.: 14:00-20:00, So.: 14:00-18:00 Uhr
Tel.: 0231-28678163,
www.vmdo.de.
c.chivulescu@vmdo.de

Samo.fa
Beratung und Begleitung von MO Netzwerk und Öffentlichkeitsarbeit
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund
Armel Djine (a.djine@vmdo.de)
Johanna Jost (j.jost@vmdo.de)
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792
Telefonische Terminvereinbarung

Bildungswerk Vielfalt
Bereichsleitung Bildung
Sprach-, Bildungs-, Sport und Kreativkurse
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Leitung: Kati Stüdemann
Tel 0231 28678165, Fax 0231 28678166
Email: bildungswerk-vielfalt@vmdo.de
Päd. Mitarbeiterin: Ulrike Podhajsky
Errerichbar Mo – Do 9.00 – 14.00 Uhr

Futurum NRW
Beratung & Begleitung von Menschen mit & ohne Migrationshintergrund für den Pflege- & Gesundheitsbereich.
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Sevim Kosan, Dr. Gürsel Çapanoglu,
Emails: s.kosan@gid-do.de,
g.capanoglu@gid-do.de
Tel. 0231 28678753. Mo – Fr, 10:00 – 15:00 Uhr nach Terminvereinbarung

Tandem
Tandem unterstützt die Begegnung und Zusammenarbeit von BewohnerInnen, BesucherInnen und Akteuren des Quartiers Unionviertel.
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund
Rojda Savas, Tel 0231 28678752
Email r.oezkahraman@vmdo.de

Train of Hope Dortmund e.V.
Flüchtlingshilfe Dortmund
Münsterstr. 54, 44145 Dortmund
Tel : 0231/97062647

SEMA
Die Servicestelle für ältere Migranten und deren Angehörige. Beratung, Begleitung und Unterstützung.
Ansprechpartner: Ahmet Atis
Tel 0231 28678-452 und -453
EMail atis@sema-do.de
Mo – Do 9:00 – 16:30 Uhr, Fr 9:00 – 15:00
in dringenden Fällen 0178.19 55 616
Schützenstraße 103, 44135 Dortmund

Step by Step
Soziale Integration und gesellschaftlichen Teilhabe für Geflüchtete
Hatun Citkin (h.citkin@vmdo.de)
Haifaa Abdulaziz
(h.abdulaziz@vmdo.de)
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792
Montag – Freitag, 9.00 – 14.00 Uhr
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund

Gewaltschutz für geflüchtete Frauen, Kinder und andere Schutzbedürftige in Wohnungen
Risikoverminderung und Selbststärkung
Haifaa Abdulaziz
(h.abdulaziz@vmdo.de)
Gesa Harbig (Email g.harbig@vmdo.de)
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792
Montag – Freitag, 9.00 – 14.00 Uhr
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund

Eltern- Kind Gruppen für Geflüchtete
Kinderbetreuung, Beratung für Eltern, Netzwerkarbeit mit Bildungsinstitutionen
Conny Schulz,
Montag – Freitag, 8.00 – 14.00 Uhr
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund

Alltagsbegleiter
Hilfestellungen bei: Behördengängen, Arzt- und Anwaltsbesuchen u.a. Herausforderungen
Sprachen: Farsi, Kurdisch und Arabisch
Tel 0231 28676790, Fax 0231 28676792
Email g.harbig@vmdo.de
Montag – Freitag, 9.00 – 14.00 Uhr
Leuthardstr. 1-7, 44135 Dortmund

Servicestelle Arbeit und Leben im Jobcenter
Hilfestellungen und Beratungen zum Themenfeld Arbeit und Leben
Sprachen: Türkisch und Arabisch
Tel 0231 286 78 753
Fax 0231 286 781 66
Email s.koese@vmdo.de
Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag
9.00 – 14.00 Uhr
Steinstr. 39, 44147 Dortmund

Bewusst – Gesund – Aktiv
Gesundheitsförderung für MigrantInnen im Quartier
Ansprechpartnerin: Schahla Yawari
Tel.: 0231 28678 -452 und -453
E-Mail: s.yawari@vmdo.de
Schützenstraße 103, 44135 Dortmund

Bildungsrecht für Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung: Jetzt
Ansprechpartnerin:
Saziye Altundal-Köse
Tel.: 0231 28978753
Email: s.koese@vmdo.de
Beuthstr. 21, 44147 Dortmund

Eine starke Frau mit einer starken Geschichte

Meşale Tolu stellt ihr Buch "Mein Sohn bleibt bei mir!" vor

Das Bildungswerk Vielfalt hatte Mitte März in der Reihe "Culture Connect" zu einer Lesung von Meşale Tolu in das Haus der Vielfalt eingeladen. Ihre Geschichte hat sie in einem Buch mit dem Titel "Mein Sohn bleibt bei mir" verarbeitet, eine Geschichte, die vor einem Jahr selbst die ARD- Tagesschau beschäftigte und sowohl politische als auch menschliche Abgründe aufzeigt.

Meşale Tolu (l.) und Kati Stüdemann

Foto: Hansgeorg Schmidt

Meşale Tolu ist eine deutsche Journalistin mit kurdischen Wurzeln, die im April 2017 in der Türkei wegen angeblicher Terrorpropaganda von einer türkischen Antiterroreinheit in ihrer Wohnung in Istanbul vor den Augen ihres zweijährigen Sohnes verhaftet wurde. Sie war 9 Monate in einem Frauengefängnis inhaftiert, im Dezember 2017 wurde sie entlassen, allerdings unter Auflage einer Ausreisesperre, die erst im August 2018 aufgehoben wurde.

Nachdem Kati Stüdemann, die Leiterin des Bildungswerk Vielfalt, die Autorin vorgestellt hatte, begann Meşale Tolu in intimer Atmosphäre auf einem Sofa sitzend Auszüge ihres Buches zu lesen, die sie immer wieder kommentierte und den zahlreichen Zuhörern eine atemberaubende Geschichte zu präsentieren.
Allein die Geschichte ihrer Verhaftung bereitet dem Zuhörer fast körperliche Schmerzen. Um halb fünf morgens stürmt eine Terroreinheit die Wohnung und verhaftet sie vor den Augen ihres schreienden Sohnes. Terroreinheiten sind da nicht zimperlich. Sie muss ihren kleinen Sohn bei Nachbarn abgeben, die sie kaum kennt. Sie wird in ein Frauengefängnis gebracht, in dem sie nach Wochen feststellt, dass die Kinder der Frauen dort ebenfalls in einem gesonderten Trakt untergebracht worden sind. Ihr Sohn wird ihr nach einem Hungerstreik dann im Gefängnis von ihrem Vater übergeben, sie sitzt mit 24 weiteren Frauen in einer viel zu kleinen Zelle. Es gibt kaum Hygiene, keine Windeln, der Besuch einer Spielecke wird ihr mit ihrem Sohn verwehrt.
Meşale Tolu merkt sehr schnell, dass diese Haft darauf ausgerichtet ist, den Willen der Inhaftierten zu brechen. Doch das lässt sie nicht zu, während der Gerichtsverhandlung im Oktober 2017 weist sie die Terrorvorwürfe der Anklage zurück und kritisiert die Haftbedingungen sehr scharf.
Es sind die kleinen Geschichten dieser Haft in der überfüllten Frauenzelle und der energische Widerstand der Journalistin, die berühren und manchmal betroffenes Schweigen auslösen.
Unter dem politischen Druck der deutschen Botschaft und zahlreicher Medien wird Meşale Tolu aus der Haft entlassen, darf aber erst 9 Monate später ausreisen. In einer Pressekonferenz weist sie darauf hin, dass weiterhin hunderte Intellektuelle, Künstler und Journalisten in der Türkei im Gefängnis sitzen, der Kampf gegen dieses Unrecht ist für sie noch lange nicht vorbei.
So hat sie ihrem Buch auch einen klaren Untertitel gegeben: "Mein Sohn bleibt bei mir!: Als politische Geisel in türkischer Haft – und warum es noch nicht zu Ende ist".
Sie wird irgendwann zurückkehren in die Türkei, sie wird die Unterdrückung weiterhin bekämpfen, sagt sie.
Es geht darum Haltung zu zeigen und für Überzeugungen einzustehen, sagt sie. Sie lebt diese Haltung vor, in jedem Moment.

Hansgeorg Schmidt

Der etwas andere Talk

Aladin El-Mafaalani zu Gast beim Schülertalk im Helmholtz-Gymnasium

Den Talk im DKH (Dietrich-Keuning-Haus) kennen mittlerweile fast alle in Dortmund, der Schülertalk, der jeweils am Nachmittag desselben Tages stattfindet, fristete bis Dato allerdings eher ein Schattendasein. Doch mittlerweile gewinnt dieser "kleine Talk" immer mehr an Ansehen, nicht zuletzt weil diese Talkrunde erfrischend anders ist als die große Show am Abend im DKH.

Aladin El-Mafaalani (l.) und die Moderatoren, Ekrem Güven und Muhammed - Emin Gezer. Foto: J.Abolnikov

Die Aula des Helmholtz-Gymnasiums war gut besucht an diesem Freitagnachmittag, was wenig verwunderlich war, denn zu Gast war der Soziologe und Bestsellerautor Aladin El-Mafaalani um sein neues Buch mit dem Titel "Mythos Bildung: Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft" vorzustellen und seine Thesen zu diskutieren.
Moderiert wurde der Nachmittagstalk von zwei gut vorbereiteten Moderatoren, Ekrem Güven und Muhammed - Emin Gezer.
El-Mafaalani zeigte einige Probleme unseres Bildungssystems auf, er wies auf eine Studie hin, die feststellte, dass ungefähr ein Fünftel der Kinder einer 4.Klasse der Grundschule in prekären Verhältnissen lebt. Das bezieht sich nicht nur auf finanzielle Mittel, sondern auch auf die gesamte Lebensumgebung. Überforderte Eltern, Alkohol- und Drogenprobleme, zu kleine Wohnungen für Großfamilien und natürlich auch Arbeitslosigkeit und der damit verbundene Bezug von ALG2. Das alles führt dazu, dass sich Kinder nicht gleichermaßen frei entwickeln können, ein Kind in diesen Verhältnissen hat schlicht keine Chance sich aus diesen Zwängen zu befreien.
Für die gesamte Gesellschaft bedeutet das einen großen Verlust an Potential in jeder Hinsicht, in diesem Bildungssystem gehen Talente verloren, die in Zukunft dringend gebraucht werden.
Aladin El-Mafaalani ist Professor an der Uni Osnabrück und hat selbst eine kleine Studie durchgeführt, in der er die Lebensverhältnisse von Schülern der 4. Grundschulklasse untersuchte, die in prekären Verhältnissen leben aber durchaus ansprechende schulische Leistungen bringen.
Der Soziologe erzählte von einem Hausbesuch mit einem Klassenlehrer, der so niederschmetternde Eindrücke hinterließ, dass der Lehrer nach dem Besuch mit den Tränen kämpfte.
Welches Potential diese Kinder in sich tragen, zeigt sich in der unglaublichen Leistung, trotz dieser Verhältnisse den schulischen Ansprüchen zu genügen. Welche Leistung könnten diese Kinder bringen, wenn sie die Vorteile von bessergestellten Kindern genießen könnten?

Natürlich kam die Frage auf, wie dieses Bildungssystem verändert werden kann, welche Rolle die Lehrer dabei spielen können. Die Antwort war relativ frustrierend - El-Mafaalani machte klar, dass in der jetzigen Situation kaum etwas bewegt werden kann, weil die Klassen einfach zu groß sind und die Lehrer daher kaum eine Chance haben, sich individuell um einzelne Schüler zu kümmern.
Außerdem machte er darauf aufmerksam, dass Lehrer an Universitäten ausgebildet werden, von Professoren, die auf Lebenszeit Professoren sind und somit auch Doktoren und weitere Professoren ausbilden. Auf diese Weise ändert sich an der Vermittlung von Lehrstoffen so gut wie nichts. Seiner Meinung nach, ist das ein großes Problem, das im Grunde nur politisch zu lösen ist. Politiker werden aber von Professoren und Doktoren beraten - da schließt sich der Kreis wieder.

Auch der Rassismus an Schulen wurde thematisiert und El-Mafaalani stellte fest, dass es immer schon Rassisten gab, die Zahl habe weder ab- noch zugenommen, nur die Bühne habe sich stark verändert. Durch die digitalen Medien kann Rassismus viel weiter verbreitet werden als es früher der Fall war. Er sieht das Problem nicht in den Rassisten, das Problem seien eher die anderen, die Rassismus einfach geschehen lassen und keine Haltung dazu zeigten.
Der Schülertalk hinterließ nachdenkliche Zuhörer, sowohl unter den Schülern als auch unter den Lehrern.

Hansgeorg Schmidt

Frühe Hilfen

Pilar Wulff
Koordination: Frühe Hilfen
pwulff@stadtdo.de. Tel: 0231-50-24974
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund
Sabine Janowski
Koordination: Familienhebammen und Familien-, Gesundheits-, Kinderkrankenpflegerinnen
familienhebammen@dortmund.de
sjanowski@stadtdo.de
Mob.: 0173-5290096.
Märkische Straße 24-26,
44141 Dortmund

Gesundheitsfachkäfte

Gesundheitsamt:
Zuhal Dagdas, Familienkinderkrankenpflegerin, zdagdas@stadtdo.de
Melanie Korus, Familien-, Gesundheits-, und Kinderkrankenpflegerin, mkorus@stadtdo.de
Ismigyul Myursel, Familienhebamme, imyursel@stadtdo.de
Fariba Jooyaei, Familienhebamme, fjooyaei@stadtdo.de
Angela Schröder, Familienhebamme, angelaschroeder@stadtdo.de
Désirée Mobers, Familienhebamme, dmobers@stadtdo.de

Soziales Zentrum Dortmund e.V., Beratungsstelle Westhoffstraße
Marion Korte, Familienhebamme
marion.korte@westhoffstrasse.de
SKF – Sozialdienst katholischer Frauen
Christine Göke, Familienhebamme.
schwangerschaftsberatungsstelle.
goeke@kath-centrum.de

AWO Beratungsstellen
Jenny Becks, Familienhebamme.
j.becks@awo-dortmund.de
donum vitae
Brigit Oechsli, Familienhebamme.
oechsli@donumvitae-dortmund.org

Familien-Projekt

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

Familienbüros

www.familie.dortmund.de
Unter dieser Adresse erreichen Sie das Familienportal und finden Informationen zu familienorientierten Angeboten und Leistungen wie Ausflugszielen, familienfreundlicher Gastronomie sowie das Familieninformationssystem.
Die Familien-Hotline: Tel: (0231) 50-2 98 95 ist für Sie montags und donnerstags von 8.00 – 12.00 Uhr freigeschaltet.
Die Familienbüros finden Sie in den Stadtbezirken:
Aplerbeck: Köln-Berliner-Str. 1, 44287 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 93 09
Brackel: Brackeler Hellweg 170, 44309 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 48 89
Eving: August-Wagner-Platz 2-4 44339 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 79 23
Hörde: Hörder Bahnhofstr. 16, 44263 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 98 67
Hombruch: Harkortstr. 58, 44225 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 83 27
Huckarde: Urbanusstr. 5, 44369 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 84 35
Lütgendortmund: Wernerstr. 10, 44388 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 89 40
Mengede: Bürenstr. 1, 44359 Dortmund Tel: (0231) 50-2 80 40
Scharnhorst: Gleiwitzstr. 277, 44328 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 88 26
Innenstadt-Ost: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 95 69
Innenstadt-West: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 35 17
Innenstadt-Nord: Leopoldstr. 16-20, 44145 Dortmund. Tel: (0231) 50-2 42 82
Öffnungszeiten der Familienbüros:
montags und donnerstags 8.30-10.30 Uhr und nach Vereinbarung

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

Beratungsstellen des Psychologischen Beratungsdienstes des Jugendamtes

Beratungsstelle Aplerbeck
Wittbräucker Straße 1, 44287 Dortmund
Telefon (0231) 456013
Beratungsstelle Brackel
Asselner Hellweg 103, 44319 Dortmund
Telefon (0231) 27554/ 5
Beratungsstelle Eving
Evinger Platz 2-4, 44339 Dortmund
Telefon (0231) 50-25470
Beratungsstelle Hörde
Alfred-Trappen-Straße 39, 44263 Dortmund
Telefon (0231) 423017/ 18
Beratungsstelle Hombruch
Harkortstraße 36, 44225 Dortmund
Telefon (0231) 717051
Beratungsstelle Innenstadt
Töllnerstraße 4, 44135 Dortmund
Telefon (0231) 50-23115
Beratungsstelle Lütgendortmund
Werner Straße10, 44388 Dortmund
Telefon (0231)67811
Beratungsstelle Mengede
Bodelschwingher Straße 131,
44357 Dortmund
Telefon 0231-372088 / 37625

come@home

Psychosoziales Zentrum für geflüchtete Kinder und Jugendliche
Allgemeiner Projektkontakt:
c/o PSZ Dortmund
Lange Str. 44, 44137 Dortmund
Ansprechpartner:
AWO Unterbezirk Dortmund:
Rodica Anuti-Risse, Tel.: 0231-88088114,
r.anuti-risse@awo-dortmund.de
GrünBau gGmbH:
Ute Lohde, Tel.: 0231-8409635,
ulohde@gruenbau-dortmund.de
Kinderschutzbund Dortmund e.V.:
Martina Furlan, Tel.: 0231-84797814,
m.furlan@dksb-do.de
Kinderschutz - Zentrum Dortmund:
Martina Niemann, Tel.: 0231-2064580,
niemann@kinderschutzzentrum-dortmund.de

Kinderschutz-Zentrum Dortmund

Gutenbergstrasse 24, 44139 Dortmund.
Tel.: 0231-206458-0

Deutscher Kinderschutzbund Dortmund

Lambachstr. 4, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-8479780, Fax: 0231-84797822

Schwangerenberatungsstellen

AWO Beratungsstelle
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Telefon: 0231-9934-222
beratungsstelle@awo-dortmund.de
Onlineberatung:
www.das-beratungsnetz.de

DONUM VITAE
Friedhof 4, 44135 Dortmund
Telefon : 0231-176387-4
E.mail: dortmund@donumvitae.org

Katholische Schwangerschaftsberatungsstelle
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.
Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Telefon: 0231-1848-220
schwangerschaftsberatung@
kath-centrum.de

Beratungsstelle Westhoffstraße
Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstraße 8-12, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-840340
E.mail: info@westhoffstraße.de

Team Kinderschutz im Jugendamt:

Johanna Hopff
Koordination: Kinderschutz, Teamleiterin Fachberatung Kinderschutz.
jhopff@stadtdo.de. Tel: 0231-5024881
Kirsten Grabowsky
Koordination:
Kinder als Anhörige alkoholkranker Eltern
kgrabowsky@stadtdo.de.
Tel: 0231-5023397

Stadt Dortmund - Gesundheitsamt

Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23606.
Fax: 0231-50-23526
gesundheitsamt@dortmund.de
gesundheitsamt.dortmund.de

Abteilungen und Ansprechpartner

Stadt Dortmund - Gesundheitsdienst für Kinder und Jugendliche
Hövelstr. 8, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-5022532, 0231-5023579
Fax: 0231 50-23556
E-Mail: 53kinder@stadtdo.de
gesundheitsamt.dortmund.de
Renate Breidenbach,
Ärtzliche Leiterin
Tel.: 0231 50-22536,
Fax: 0231 50-23556
E-Mail: rbreidenbach@stadtdo.de

Sozialmedizinischer Dienst, Begutachtungen für Erwachsene
Hövelstr. 8 , 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23528, Fax: 0231-50-26789
E-Mail: 53begutachtung@stadtdo.de

Stadt Dortmund - Gesundheitsamt - Betreuungsstelle
Hövelstr. 8 , 44137 Dortmund
Tel.: 0231 50-24772, 0231 50-23510
Fax: 0231 50-23589
E-Mail: 53betreuung@stadtdo.de

Umwelt- und Infektionshygiene und Gesundheitsaufsicht Dortmund
Tel.: 0231 50-23575, 0231 50-23536
Fax: 0231 50-23592
E-Mail: 53ges-aufsicht@stadtdo.de

Corona – solidarische Hilfe und Verordnungen

Nach dem sich der „Shut-Down“ zur Eindämmung des Corona-Virus immer weitere ausbreitete und verschärfte, fingen bereits nach kurzer Zeit Menschen an, sich solidarisch zu organisieren. Oft begann es mit der Frage, wie Menschen Geschäfte, kulturelle Einrichtungen und soziale Projekte trotz dessen sie geschlossen bleiben, weiter unterstützen können. Einzelhandel und kleine Geschäfte begannen schnell damit, durch Spenden ihre weiterlaufenden Kosten möglichst zu decken. Auch wurden Gutscheine zum Kauf angeboten, um die Spenden mit einer Dienstleistung zu verbinden.

Kulturelle Einrichtungen, die etwa Theateraufführungen oder Konzerte absagen mussten, begannen ihre Veranstaltungen zu verschieben, wobei die Eintrittskarten ihre Gültigkeit behielten. Schwierig gestalten sich die Unsicherheit bei Großveranstaltungen, etwa Festivals oder größere Musik- und Kunstveranstaltungen im öffentlichen Raum. Die Kosten für die bereits gebuchten Künstler*innen, aber auch z.B. des Technikpersonals, müssen gezahlt werden, wobei nicht klar ist wann und ob überhaupt die Veranstaltungen stattfinden können. Um diesem Zustand ein wenig entgegen zu treten und dennoch ein kulturelles Leben soweit es geht zu ermöglichen, verlagerten viele Häuser und Vereine ihre Aktivitäten ins Internet. So finden etwa Chor- und Musikauftritte im Internet statt oder es bilden sich neue, alte Wege in dem ein eigenes Radio aufgezogen wurde, wie es etwa das Kneipenkollektiv „Nordpol“ getan hat.

Aber auch im direkten sozialen Zusammenleben bildeten sich bald kleinere und größere Initiativen zur gegenseitigen Unterstützung. So taten sich etwa jüngere Menschen zusammen, um Einkäufe und Besorgungen aller Art für sog. Risikogruppen wie etwa Alte und (chronisch) Kranke zu organisieren. Hierbei wurde auch auf bereits bestehende Strukturen wie etwa Nachbarschaftshilfen oder Netzwerke von Vereinen zurückgegriffen. Die Spannweite der Helfenden reichte dann auch schnell von Vereinen wie etwa Train of Hope, im Viertel organisierte Nachbarschaftshilfen, bis hin zu den drei großen Dortmunder Ultra Fangruppen des BVB, die durch Zettelaushänge ihre Hilfe anboten. Bundesweit begannen auch bald Menschen, sich über die Situation von armen, obdachlosen und geflüchteten Menschen Gedanken zu machen. Hieraus entwickelte sich das Konzept der „Gabenzäune“. Hierbei wurden bestimmte, in Quartieren zentrale Stellen ausgesucht, um dort an Zäunen Artikel des alltäglichen Lebens als Spende aufzuhängen und somit für bedürftige Menschen zugänglich zu machen. Im Allgemeinen schließen sich immer mehr Menschen zusammen, üben Solidarität und Helfen meist im direkten Umfeld, wo es eben nötig ist. Diese Entwicklung ist positiv zu sehen und beugt sozialer Isolation trotz sozialer Distanz vor.

Neben den sozialen Veränderungen, gibt es im Zuge der Corona Pandemie auch immer wieder neue soziale Einschränkungen und Verordnungen. Diese werden in Deutschland weitgehend von der Mehrheit der Menschen akzeptiert und befolgt. Jedoch gibt es auch immer wieder Unklarheiten und daraus entstehende Unsicherheiten. Verordnungen haben sich rasant von Tag zu Tag verändert und selbst in den einzelnen Bundesländern gibt es unterschiedliche Regeln und Vorgaben. Diese Uneinheitlichkeit der Regeln und Vorgaben für den öffentlichen Raum sorgen oft für Unmut, wenn etwa Maßnahmen der Polizei nicht nachvollziehbar sind, Verordnungen nicht eindeutig sind oder Bußgelder erhoben werden für Aktivitäten, die bereits eine Woche später wieder erlaubt sind. Auch der juristische und demokratische Ablauf zum Erlass dieser Verordnungen ist den wenigsten Menschen klar und somit bergen diese Vorgänge auch den Verlust von Vertrauen in die Verhältnismäßigkeit und das Augenmaß der Politik. Schaut man dann noch über die deutschen Grenzen hinaus, erschrecken einen doch die rigiden und oft sehr strengen Notstands- und Ausnahmezustände in anderen Ländern und die Auswirkungen eben jener.

Es bleibt hierbei also wichtig wachsam zu sein, den Abläufen der nun politisch getroffenen Entscheidungen genau zu folgen und sich nicht einschüchtern zu lassen. Freiräume müssen erhalten bleiben, staatlichen Maßnahmen müssen auf ihre Verhältnismäßigkeit hin betrachtet werden und Einschränkungen von Grundrechten müssen schnellst möglich wieder rückgängig gemacht werden. Wie die Gesellschaft nach Corona im Ganzen aussehen wird, wie sich das soziale und politische Leben verändert haben wird, ist momentan nicht abzusehen. Aber es gibt sowohl positive als auch negative Entwicklungen, die unserer Aufmerksamkeit bedürfen. Bleiben wir solidarisch, kritisch und eigeninitiativ.

Lucas Gruyters

samo.fa+

Flüchtlingsarbeit ist eine dauerhafte Aufgabe

Die Arbeit geht weiter. Ziele, Schwerpunkte und Arbeitsweisen in den Jahren 2020 – 2021

samo.fa
Stärkung der Aktiven aus Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit

Die Arbeit von samo.fa wird fortgesetzt: als samo.fa plus wird es vom Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen weitergeführt und erneut für die Jahre 2020 und 2021 durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert. Der unverzichtbare Beitrag von Migrantenorganisationen in diesem Feld wird damit erneut anerkannt.

Plus bedeutet, dass für diese Jahre besondere Akzente gesetzt werden. Die Menschen, die ab 2015 als Geflüchtete kamen, sind nach wie vor auf einem langen und z.T. schwierigen Weg in ihren neuen Alltag und zu gleichberechtigter Teilhabe. Zugleich ist klar: Flucht und Asyl bleiben aktuell, Einwanderung steht nicht still.

Auf der Basis einer breiten und soliden Erfahrung vor Ort geht es in den Jahren 2020 und 2021 um zwei eng miteinander verbundene Aufgaben, nämlich (a) die Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Fluchtgeschichte entsprechend ihrer differenzierten Bedarfe fortzusetzen und (b) auf Nachhaltigkeit in dem Sinne hinzuwirken, dass auch künftig Migrantenorganisationen in der Lage sind, als kritisch-konstruktive Partner der Kommunen und in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren ihren Beitrag zu leisten.

Daraus ergeben sich die vier Arbeitsschwerpunkte für die Jahre 2020-2021: Erstens bei der Begleitung und Unterstützung von Menschen mit Fluchtgeschichte besondere Aufmerksamkeit auf jene zu richten, die sich in besonders schwierigen und risikoreichen Lebenslagen befinden, zweitens Menschen mit Fluchtgeschichte und jene, die sich für diese engagieren, vor Anfeindungen zu schützen und auf eine bessere Anerkennung zivilgesellschaftlichen Engagements hinzuwirken, drittens die Flüchtlingsarbeit als ständige kooperative Aufgabe vor Ort zu verstehen und zu festigen und viertens hierfür an der Ausreifung und Stärkung förderlicher lokaler Strukturen aktiv mitzuwirken.

In diesen beiden Jahren geht es auch darum, die Erfahrungen und Kompetenzen, die sich vor Ort vorhanden sind, noch stärker als bisher zur Verfügung zu stellen, innerhalb und außerhalb von samo.fa (Stichwort: Kompetenznetzwerk). Ein wichtiges Instrument hierfür ist die mittlerweile eingespielte samo.fa-Methode mit ihrer engen Verknüpfung von lokalen Aktivitäten einschließlich lokaler Dialogkonferenzen und bundesweitem Austausch und gemeinsamer Stimme.

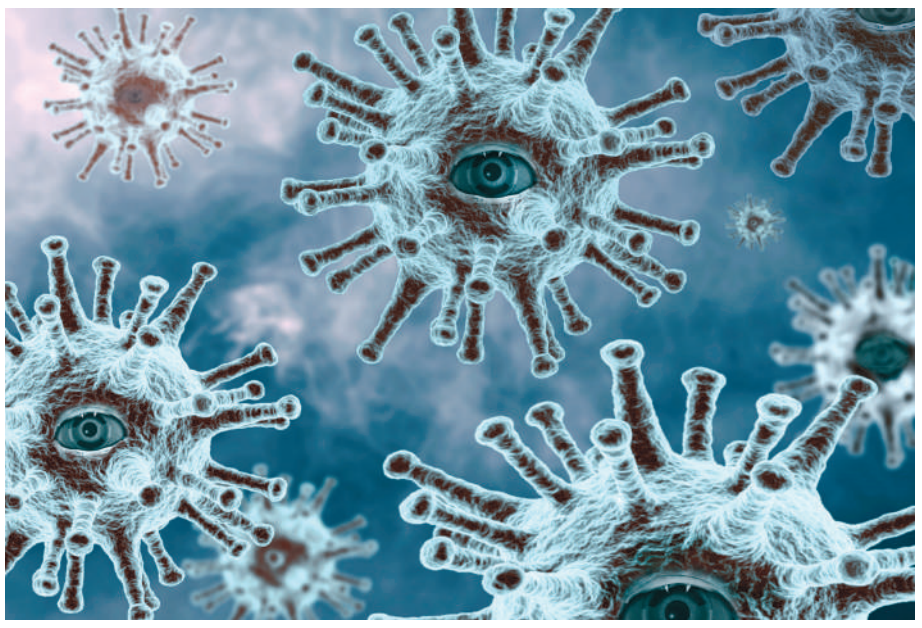
wk

Corona – Solidarität zwischen „Panikmache“ und Verschwörungstheorien

Die Pandemie des Corona- Virus zwingt weltweit Staaten und ihre Bürger*innen zu drastischen Isolations- und gesetzlichen Maßnahmen. Seit Beginn der Krise versuchen viele Menschen sich nicht beirren zu lassen und die verordnete Solidarität zum Schutz von sog. Risikogruppen und eine weitere Eindämmung des Virus zu gewährleisten.

Dennoch hat man es auch immer wieder mit Menschen zu tun, die von einer Panikmache oder einem staatlichen „Testlauf“ sprechen, wonach der Ausnahmezustand nur als eine Art Test zu sehen ist, wie weit der Staat Grundrechte einschränken und die Menschen zu Maßnahmen zwingen kann.

Auch kamen bereits nach den ersten Corona-Fällen die ersten rassistischen Vorteile in Teilen der Bevölkerung auf, welche sich in Verurteilungen und Schuldzuweisung an asiatisch (ergo: chinesisch) gelesenen Menschen zeigten. Auch von einer absichtlichen Herbeiführung der Corona Krise, wahlweise durch Amerika oder China, wurde hier und da gesprochen. Gemeinsam ist diesen und ähnlichen Ansichten und Vorfällen vor allem eines: es wird nicht über die dringende Solidarität unter allen (!) Menschen gesprochen. Es wird mal wieder nur ein Schuldiger gesucht anstatt über die Solidarität mit Alten, Kranken, Obdachlosen oder geflüchteten Menschen (vor allem illegalisierte ohne Papiere) in Europa zu sprechen. Ihnen sollte unsere Hilfe gelten, für sie sollten sich nun alle Menschen gemeinsam einsetzen



und das bedeutet eben auch: Zuhause bleiben, sich vernetzen und informieren, was nun zur Hilfe dieser Menschen getan werden kann und muss.

Darüber hinaus gilt es natürlich auch (wie immer), staatliche Maßnahmen genau zu beobachten und besonnen zu bewerten. Vor allem nach einer weitgehenden Normalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, müssen Maßnahmen zurückgenommen und Grundrechte garantiert bleiben. Dass die Gefahr einer Ausnutzung zur Machtübernahme und das Aussetzen von Grundrechten für längere Zeit gegeben ist, zeigt in Europa zurzeit Ungarns Präsident Orban. Aber auch Brasiliens Präsident Bolsonaro und Präsident Trump in den USA sind Kandidaten für solcherlei Maßnahmen.

Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland hat gut daran getan, zu sagen: „Bitte nehmen sie die Situation ernst“. Denn genau das sollten wir tun: ernst nehmen, das täglich Hunderte von Menschen sterben (und nicht nur Alte und Kranke). Ernst nehmen, dass wir uns nur selber und dadurch andere schützen können. Ernst nehmen, dass dieser Ausnahmezustand nicht zum Normalfall werden darf. Ernst nehmen, dass Pflege und Gesundheitssektor in Deutschland endlich bessere Gehälter und Arbeitsverträge bekommen – sowie die gesellschaftliche Anerkennung die dieser Arbeit gebührt. Ernst zu nehmen, dass eine Gesellschaft immer daran gemessen werden sollte, wie sie mit Krisensituationen und wie sie mit dem Schutz von Minderheiten umgeht – und das auch über ihre eigenen Grenzen hinaus.

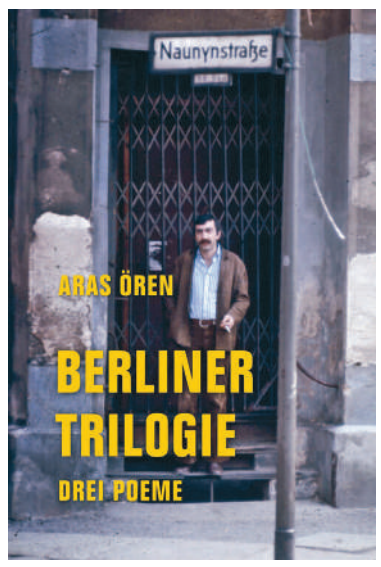
Dies sollten wir ernst nehmen und uns nicht in Gedankenspielen von Verschwörungen und übertriebener Panikmache, Verharmlosung der Situation auf Kosten der Schwächsten und vorurteilsbeladener Suche nach einem Schuldigen verrennen.

Lucas Gruyters

Buchbesprechung

Aras Ören. Berliner Trilogie. Drei Poeme

Da wir angesichts des Corona-Virus und der damit verbundenen Ansteckungsgefahr eine Kontaktsperre einhalten müssen, zwingt es uns überwiegend zu Hause aufzuhalten. So schwierig das auch sein mag und unsere Freiheit einschränkt, hat es auch für viele den Vorteil die Zeit und die Muße zu haben, auch einmal Bücher lesen zu können, für die sonst im Alltag keine Zeit vorhanden war.



Der Autor dieses Gedichtbands wurde 1939 in Istanbul geboren. Im Alter von 20 Jahren kam er nach Berlin. Er war Redakteur des SFB und Leiter der türkischen Redaktion von Radio Multikulti des RBB. Er erhielt mehrere Preise für seine Veröffentlichung.

In der neu erschienen Trilogie wurden die drei bereits veröffentlichten Bände nun in einem Band herausgegeben.

„Was will Niyazi in der Naunynstraße?“

„ Der kurze Traum aus Kagithane“

„Die Fremde ist auch ein Haus“

Die Gedichte waren die ersten erfolgreichen Veröffentlichungen über die türkischen Arbeitsmigranten in Deutschland.

Das Gedicht mit dem Titel „Anfang“ beginnt so:

„Es schneit in Berlin.
Die Temperatur ist 3 Grad unter Null.
Die Naunynstraße ist zugefroren.
Ihre Häuser sind fertig zum Aufwachen.“

In seinem Vorwort der Trilogie widmet er dieses neu verlegte Buch der ersten und zweiten Generation von Menschen aus der Türkei. „ Wir sollten diesen bescheidenen Menschen dankbar dafür sein, daß sie frischen Wind in unsere alte europäische Kulturlandschaft gebracht haben. Sie förderten – ohne es zu wissen – einen neuen europäischen Humanismus … Denn auch in der Gegenwart schwingt die Vergangenheit stets mit.“

APK

Integrationsratswahl in Dortmund

Am Sonntag, den 13. September 2020 findet die Wahl des Integrationsrates der Stadt Dortmund zusammen mit der Kommunalwahl statt

Ein kommunaler Integrationsrat ermöglicht politische Teilhabe für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und ist als kommunalpolitisches Bindeglied zwischen Stadtgesellschaft und Kommunalverwaltung von großer Bedeutung. Durch Integrationsräte haben Migrant*innen die Möglichkeit, sich für ihre politischen Belange zu engagieren und mit Ratsmitgliedern gemeinsam die Kommunalpolitik zu gestalten. Denn gesellschaftliche und politische Teilhabe ist für in Deutschland lebende Migrant*innen eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Integrationsprozess.

Mit Ihrer Beteiligung an der Integrationsratswahl am 13. September 2020 haben Sie die Möglichkeit, die zukünftige Rolle des Integrationsrates in Dortmund zu stärken und auszubauen damit Ihre Belange und Interessen in den politischen Gremien der Stadt Berücksichtigung und Gehör finden.

Die wichtigsten Informationen zur Integrationsratswahl 2020

Wann wird der Integrationsrat gewählt?

- Der Integrationsrat der Stadt Dortmund wird **am Sonntag, den 13.09.2020** gewählt.
- Ermittlung des Wahlergebnisses der Integrationsratswahl: **15.09.2020**

Wo und wie kann gewählt werden?

Wählen kann man am Wahltag im Wahlraum oder vorab per Briefwahl. Insgesamt gibt es 386 Wahlräume in Dortmund.

Wer kann wählen?

Wahlberechtigt zur **Integrationsratswahl am 13.09.2020** sind

- Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit
- Deutsche, die außerdem noch eine weitere, ausländische Staatsangehörigkeit besitzen
- Deutsche, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten haben
- Deutsche, die als Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit durch Geburt im Inland erworben haben

Darüber hinaus müssen die Wähler*innen am Wahltag

- mindestens 16 Jahre alt sein
- sich mindestens seit einem Jahr rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten
- mindestens seit dem 16. Tag vor der Wahl – 28.08.2020 – in Dortmund ihre Hauptwohnung haben

Die Wahlberechtigten werden automatisch in das Wählerverzeichnis eingetragen.
Wahlberechtigte, die nicht im Wählerverzeichnis eingetragen sind, können sich bis zum zwölften Tag vor der Wahl - 01.09.2020 - in das Wählerverzeichnis eintragen lassen. Sie haben den Nachweis über ihre Wahlberechtigung zu führen (z.B.: Einbürgerungsurkunde).

Wer darf nicht wählen?

Nicht wählen dürfen u.a Mitglieder der ausländischer Botschaften und Konsulaten, deren Familienangehörigen und Personal sowie Repräsentanten anderer Staaten und deren Begleitung, die sich auf Einladung im Bundesgebiet aufhalten. Ebenfalls nicht wahlberechtigt sind Asylbewerber*innen. (§ 27 Absatz 4 Gemeindeordnung NRW)

Integrationsrat
der Stadt Dortmund
Informationen zur Integrationsratswahl am 13.09.2020

Gemeinsam in Vielfalt – Der Integrationsrat
Stadt Dortmund – Integrationsrat

Wer kann gewählt werden?

Gewählt werden können alle wahlberechtigten Personen sowie alle Bürger*innen der Stadt Dortmund, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, sich am Wahltag seit mindestens einem Jahr im Bundesgebiet rechtmäßig aufhalten und seit mindestens drei Monaten in Dortmund ihre Hauptwohnung haben. Auch deutsche Staatsangehörige können sich zur Wahl stellen.

Wie kann man kandidieren? Wie können Wahlvorschläge abgegeben werden?

- Wahlvorschläge können von Gruppen (Listenvorschlag) oder einzelnen Wahlberechtigten sowie Bürger*innen (Einzelbewerber*in) eingereicht werden. Jede/Jeder Wahlvorschlagsberechtigte kann nur einen Wahlvorschlag einreichen.
- Bei Wahlvorschlägen ist die Angabe einer namentlich benannten Person als persönliche Stellvertretung zulässig.
- Als Wahlbewerber*in sowie als persönliche Stellvertreter*in können alle Wahlberechtigten sowie alle Bürger*innen der Stadt Dortmund benannt werden, sofern er oder sie die Zustimmung schriftlich erteilt haben. Jede wählbare Person darf als Bewerber*in und als persönliche Stellvertretung nur in einem Wahlvorschlag benannt werden.
- Wahlvorschläge sind in Block- oder Maschinenschrift in lateinischen Buchstaben auszufüllen und müssen den Vornamen und Familiennamen, die Staatsangehörigkeit, das Geburtsdatum, den Beruf, die Anschrift der Hauptwohnung des/der Bewerber*in und Email-Adresse oder Postfach enthalten.
- Die Wahlvorschläge müssen von einer bestimmten Anzahl Wahlberechtigter unterstützt werden. In Dortmund sind mind. **100 Unterstützungsunterschriften** für einen Wahlvorschlag erforderlich.

Für die Wahlvorschläge und die Unterstützungsunterschriften müssen amtliche Formblätter verwendet werden, die die Bürgerdienste/Wahlen, Königswall 25 - 27, (Untergeschoss), bereithalten. **Eine Abholung entsprechender Formulare und Beratung kann nach Terminvereinbarung mit den Bürgerdiensten/Wahlen unter 0231/50-1 09 31 erfolgen.**

- Wahlvorschläge von verbotenen Vereinigungen oder Parteien sind ungültig.
- Die Formblätter für Unterstützungsunterschriften müssen handschriftlich in Block- oder Maschinenschrift in lateinischen Buchstaben ausgefüllt werden. Vornamen und Familiennamen, Geburtsdatum und Anschrift der Hauptwohnung sind anzugeben.
- Wahlvorschläge können bis zum 16.07.2020, 18.00 Uhr, bei den Bürgerdiensten/Bereich Wahlen, Königswall 25 - 27, (Untergeschoss), eingereicht werden.

Die wichtigsten Daten zur Integrationsratswahl 2020:

- Letzter Termin zur Einreichung der Wahlvorschläge: (einzureichen bei den Bürgerdiensten/Bereich Wahlen, Königswall 25 - 27, im Untergeschoss) **16.07.2020**
- Eine Briefwahl kann beantragt werden bis: **11.09.2020, bis 18.00 Uhr**
- Zeitpunkt für die letztmögliche Abgabe der Briefwahlunterlagen: (Hausbriefkästen des Stadthauses, Südwall 2-4 oder des Rathauses, Friedensplatz 1) **13.09.2020, bis 16.00 Uhr**
- Tag der Integrationsratswahl / Kommunalwahl: 13.09.2020, 08.00 bis 18.00 Uhr
- Ermittlung des Wahlergebnisses der Integrationsratswahl: **15.09.2020**

Weitere Informationen:
Bei Fragen zur Wahl stehen Ihnen die Bürgerdienste/Bereich Wahlen gerne unter
0231-50-1 09 31
oder per Mail an
wahlen@stadtdo.de
zur Verfügung.

CHANCENGLEICH bietet Kurse online an

Teilnehmerin im Kurs "Mundschutzmasken"

Foto: CHANCENGLEICH

CHANCENGLEICH in Europa e.V. führt seit Januar 2020 im Auftrag des BAMF das 3jährige Projekt "Vielfalt gemeinsam sichtbar machen - Potenziale individuell heben" in Hörde durch, in dessen Rahmen wir die Eröffnung des Hörder Zentrums für Vielfalt am 25.3. feiern wollten, aber wegen der Corona Einschränkungen verschieben mussten.
Da keiner weiß, wie lange dieser Zustand anhält, sind wir dabei möglichst viele unserer Angebote online zu stellen. Die Entwicklung und Einführung von Online-Angeboten ist für die Fortsetzung unserer Arbeit unabdingbar. Eine längere Programmunterbrechung würde dazu führen, dass unsere Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kontakt zum Hörder Zentrum für Vielfalt verlieren, der nach der Aufhebung der jetzigen Beschränkung nicht so einfach wieder herzustellen wäre. Darüber hinaus gehen bei den Teilnehmer*innen die gerade erworbenen Fähigkeiten wieder verloren, z.B. das Sprachtraining. Wir sind für unsere Teilnehmer*innen wichtige und vertrauenswürdige Ansprechpartner*innen, so dass wir unsere Arbeit praktisch auch gar nicht reduzieren können.
In den letzten Wochen haben wir einige unserer Aktivitäten bereits umstrukturiert, wie z.B. unseren Konversationskurs „Worte Wechseln“, in dem der Austausch und die Kommunikation geflüchteter Frauen in deutscher Sprache vor Ort in Hörde stattgefunden hat. Dieses Angebot findet nun 2 mal pro Woche per Whats App statt und kommt sehr gut an. Die kleinen Gruppen auf Whats App ermöglichen den Frauen das Sprechen und das Telefonieren zu üben.
Aktuell nähen einige Frauen aus dem Kurs Mundschutzmasken, nach dem Motto „uns wurde und wird im Stadtteil geholfen, jetzt wollen wir auch was zurückgeben“. Die Masken wollen sie an Alten- und Pflegeheime und an Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen im Stadtteil Hörde geben.
Zudem haben wir unsere Beratungstermine (allgemeine Beratung, berufliche Beratung, Beratung zu Corona Fragen) bereits online gestellt.
Mit Unterstützung einer Künstlerin aus dem Stadtteil planen wir Anfang Mai einen online Kreativkurs (malen mit natürlichen Farben).
In Vorbereitung sind ebenfalls online PC Kurse und Beratungen zu Schwerpunktthemen im Hinblick auf den Umgang mit dem Computer, Kommunikation am Computer, chatten, Video Bearbeitung etc.
Ein online Literaturkurs, bei dem Muttersprachler*innen einzelne Bücher aus ihrem Heimatland vorstellen und mit den Teilnehmer*innen diskutieren ist in Mai vorgesehen.
In Planung ist zudem eine Audio-/Videodatei zur jüdischen Geschichte im Stadtteil Hörde. Diese soll als Vorbereitung/Anreiz für einen Rundgang mit Vortrag zur jüdischen Geschichte im Quartier dienen und soll Schicksale jüdischer Familien beleuchten.
Es geht also bei CHANCENGLEICH e.V. mit Volldampf Online weiter!

Beuthstraße umbenennen?!

Das Haus der Vielfalt, das der VMDO seit 2013 betreibt, liegt an der Beuthstraße, einer Parallelstraße der Rheinischen Straße im Unionviertel.
Der Namensgeber der Straße ist Christian Peter Wilhelm Beuth, er wurde im Dezember 1781 in Kleve geboren, war Ministerialbeamter und Mitglied des Staatsrates. Er wurde " Vater der preußischen Gewerbeförderung" genannt und war Mitglied der "Deutschen Tischgesellschaft", die eine antisemitische Grundhaltung hatte und sich vehement gegen die rechtliche Gleichstellung von Juden aussprach. Beuth hat sich in einigen Reden dieser Tischgesellschaft antisemitisch geäußert und sich der Grundhaltung dieser Tischgesellschaft angeschlossen.
Das Haus der Vielfalt ist ein prägender Ort für die Beuthstraße, es steht für die internationale Vielfalt in Dortmund und für die Teilhabe der Migrantenorganisationen in der Stadtgesellschaft. Der Name der Straße ist also denkbar ungeeignet und steht konträr zu den Werten des Hauses.
Eine Umbenennung der Beuthstraße muss eigentlich die logische Konsequenz sein, zumal es schon einige öffentliche Diskussionen und auch Konsequenzen gab.
Als Reaktion auf ein Gutachten des Soziologen und Rassismusforschers Achim Bühl, das Beuth eine Rolle bei der gesellschaftlichen Festigung antisemitischer Ressentiments zuschreibt, wurde die Gedenkplakette an seinem ehemaligen Wohnort in Kleve im Juni 2018 abgenommen.
Die Mitglieder der Akademischen Versammlung haben im Januar für eine Umbenennung der Beuth Hochschule für Technik Berlin gestimmt. Vorausgegangen war ein Diskurs über den Namensgeber Christian Peter Wilhelm Beuth und seinen Antisemitismus.
Belege hierfür sind seine judenfeindlichen Äußerungen sowie Bestrebungen in seiner Funktion im Staatsrat Preußens zur Vereinheitlichung der Gesetzgebung gegenüber Juden in den altpreußischen Gebieten und den 1815 zum Königreich gelangten Territorien, an denen er beteiligt war. Hier wird Beuths Antisemitismus exemplarisch. Christlich motivierter Judenhass und ein biologistisch argumentierender Antisemitismus gehören zu Beuths Äußerungen in dieser Zeit.

Auch in Dortmund sollte eine Umbenennung der Beuthstraße unumgänglich sein, denn das Haus der Vielfalt und auch diese Straße haben diesen rassistischen Namensgeber nicht verdient. *ECHO*

Buch-Besprechung :

Ben Salomo bedeutet Sohn des Friedens

Ben Salomo hat ein Buch geschrieben, um sich zu erklären. Er hat sich jahrelang in der Berliner Hip Hop- und Rap-Szene bewegt und dort unterschiedliche Erfahrungen in Bezug auf Diskriminierungen gemacht. Nun hat er sich nach vielen Jahren endgültig aus dieser Szene zurückgezogen – und ein Buch über die Gründe geschrieben.

Gründe für seinen Rückzug sind vor allem der unkritische und oft tolerante Umgang mit Antisemitismus in der Rap-Szene. Ben Salomo hat die Berliner Szene mit seinem Battlerap Format „Rap am Mittwoch“ mitgeprägt. Hier treten Rapper gegeneinander an, um sich mit Wörtern zu bekämpfen, eine Art Kampf mit Worten. Das es hierbei auch gerne hart zur Sache geht, eine gewalttätige Sprache benutzt wird und selbst vor Gewaltphantasien und persönlicher Erniedrigung nicht zurückgeschreckt wird, ist Teil der Szene-Kultur. Nur findet es hier eben auf Augenhöhe, im Einverständnis und unter bestimmten Regeln statt.

Salomo beschreibt zunächst sein Aufwachsen in Berlin als junger Jude und wie er als solcher in die Szene kam. Schon früh wurde er mit antisemitischen Vorurteilen konfrontiert – vom Klischee des reichen Juden, bis hin zum verantwortlich machen aller Juden für den sog. „Nahost-Konflikt“. Jahrelang prägten die oft von außen auf ihn wirkenden Stigmatisierungen seine Identitätsfindung. Er begann darüber, sich mit seiner Herkunft und der Funktion des Staates Israel als Schutzraum aller Juden zu beschäftigen.

Immer wieder begegnete er in seinem Alltag Antisemitismus sobald er sich als jüdisch geborener Mensch zu erkennen gab. Er verheimlichte dies auch selten bis nie und suchte eher das Gespräch und die Diskussion – grade auch in seinem Bekannten und Freundeskreis. Er versuchte immer wieder klar zu machen, das eben der eine Judenwitz oder das mal eben ausgesprochen Klischee nicht einfach so hingenommen werden dürfen und fühlte sich so bald als der „Spaßverderber“, der immer alles zu ernst nehme. Wenn diese Dinge jedoch in Bezug auf Rassismus passierten, war für die meisten Menschen klar, dass dies auf keinen Fall in Ordnung sei. Dieser (Nicht-) Umgang mit Antisemitismus, das nicht ernst nehmen von der Gefahr von antisemitischen Klischees und Verschwörungstheorien, ließ ihn immer kritischer und auch wütender werden. Denn auch abseits der Rap-Szene verfolgte Ben Salomo das sprechbarwerden von Antisemitismus in Medien, Politik und auch auf der Straße, etwa bei Demonstrationen gegen den „Kinder Mörder Israel“ – was ein altes antisemitisches Bild bedient.

All dies ließ ihn über Jahre zu dem Entschluss kommen, dass Antisemitismus in Deutschland oft nur durch seine Opfer thematisiert wird und dann auch als eher störend wahrgenommen wird. Das ein deutsches Rap-Album bei der Verleihung des ECHO-Musikpreises einen Eklat wegen einer antisemitischen Zeile auslöste, woraufhin einige Musiker*innen ihren Preis aus vergangen Jahren zurückgaben und Campino von den Toten Hosen in einer eher unbeholfene Rede dagegen hielt, bleibt für Salomo daher auch nur eine Randnotiz. Das Grundproblem sitzt tiefer, verbreitet sich und wächst.

Ernstgenommen wird Antisemitismus meist nur von den Betroffenen und Konsequenzen daraus ziehen bedeutet für Jüdinnen und Juden weltweit immer öfter: die Auswanderung nach Israel.

Lucas Gruyters

Ursula Maria Wartmann:

Gegen acht im Park

"Expressiv, wütend, aber auch zärtlich und einfühlsam sind die Gedichte von Ursula Maria Wartmanns Lyrikdebüt. Ihre Themen sind die Bedrohung der Natur und die aktuelle Gefährdung der Welt durch Mitleidlosigkeit, durch Dammbrüche aller Art. Die Dichterin versteht sich auf kräftige Farben, aber auch leichthändige Skizzen über Liebe und die Angst vor Verlust. Oft sind ihre Beobachtungen aus dem Alltag gegriffen, in einem Hotel, auf einem Bahnhof oder hoch oben auf einem Turm im Silvesterfeuerwerk; oft übernimmt auch die Phantasie und spinnt diese Alltagsszenen weiter. Wartmanns Lyrik zeichnet in einprägsamen Bildern aus, was auch ihre Erzählungen bestimmt: sie sind menschenfreundlich und weltzugewandt, trotz allem."

Ursula Maria Wartmann:
Gegen acht im Park
Hardcover mit SU, 68 S., 18,50 €
ISBN 9783750459960
edition offenes feld, Hrsg. Jürgen Brôcan, Dortmund 2020

Ursula Maria Wartmann

Ursula Maria Wartmann, geb. 1953 in Oberhausen, lebt nach langen Jahren in Aachen, Marburg und Hamburg in Dortmund. Die studierte Soziologin und gelernte Redakteurin wandert zwischen den Welten und Genres: zwischen Roman und Reportage, zwischen Essay, Erzäh¬lung und Lyrik. Sie wurde für ihr journalistisches und literarisches Werk mehrfach ausgezeichnet. Zuletzt erschienen in der edition offenes feld ihre gesammelten Erzählungen »Der Bourbon des Grafikers« (2019).

„Hier lebt man ziemlich entspannt“

Waltraud Haße wanderte gerade 19-jährig nach dem Zweiten Weltkrieg von Werne / Landkreis Unna nach England aus. In Dortmunds Partnerstadt Leeds lebt deren Tochter Karen Buckland, die, wie so viele Menschen auch in Deutschland, zwei Welten in sich vereint ...

Von Ursula Maria Wartmann

Sie ist 58, im Sternzeichen Jungfrau geboren, und sie ist ihrer Mutter wie aus dem Gesicht geschnitten. Blond, schlank, blaue Augen, die Brille ... „Val“ wurde ihre Mutter genannt, für „Waltraud“; wenn Tochter Karen Buckland in ihrem Reihenhaus am Stadtrand von Leeds von ihr spricht, klingt noch immer Trauer durch.

„Sie war so wichtig für mich“, sagt Karen, „und dann ging 2011 alles so schnell. Von der Diagnose bis zum Tod waren es gerade vier Monate. Krebs, die Bauchspeicheldrüse.“

Karen Bucklands Deutsch ist gut, aber ihr Akzent ist unüberhörbar. In England ist sie eine Deutschstämmige der zweiten Generation; sie wurde nicht weit von Leeds, Dortmunds Partnerstadt, geboren, in Kingston upon Hull. Ihre Mutter stammte aus Werne. Vier Jahre nach Kriegsende hat sie die Koffer gepackt und sich in England als eine Art au pair verdingt. Das hieß damals nicht so, und es muss eine ziemliche Schufterei gewesen sein. Die junge Deutsche hatte so manches an Anfeindungen auszustehen; „Nazi-Schlampe“ wird eines der moderateren Schimpfworte gewesen sein. Die „Hölle“ sei es am Anfang in England gewesen, erklärte sie später. Dennoch: Sie ist geblieben und hat sich durchgebissen.

Roundhay Park im Norden

Das Haus von Karen liegt im Norden von Leeds, Roundhay Park heißt die Gegend. Sehr grün ist es hier, nur wenige Minuten von einem Park entfernt, der um 1800 im viktorianischen Stil errichtet wurde. Karen Buckland lebt gerne in der Gegend; das schmucke Haus, in dem sie heute lebt, hat sie 2014 gekauft, nachdem ihr Elternhaus in Hull veräußert worden war. Ihr Vater war ebenfalls an Krebs gestorben.

Es ist ruhig und gepflegt hier, viele Familien haben sich hier angesiedelt. Und es gibt ein paar Straßen weiter die „gemischte Kirche“, die Oakwood Church: Evangelisten, Anglikaner, Methodisten unter einem Dach. Diversity ist das Stichwort: „Wir haben wenig Probleme mit unseren Unterschieden, wir können uns sein lassen, wie wir sind“, sagt Karen. „Hier in Leeds lebt man ziemlich entspannt zusammen. Afrika, Karibik, Indien – das ist hier eine freundliche Kirche.“

Wenn Karen mit dem Bus zur Arbeit fährt, einem Treffpunkt für Senior*innen tief im Westen von Leeds, nimmt die Charity Managerin (Sozialarbeiterin) den Weg durch eine andere Welt, „Klein Pakistan“ wird sie genannt: Indien, Bangladesch, Irak, Afghanistan – Moscheen, zwei Kirchen, Bars und Barber Shops ... Manchmal, sagt sie, sei sie die einzige weiße Frau ohne Hijab, da hat sie dann gelegentlich ein Problem und fühlt sich seltsam fremd: „Frauen, die nur die Augen zeigen“, sagt sie, „kann ich nicht gut aushalten. Die Männer dazu sehen aus wie im Westen: Jeans, Lederjacke – das finde ich nicht gerecht.“

Karen Buckland (r.) und ihre Mutter

Foto: Ursula Wartmann

Sie haben Toni heiß und innig geliebt

1996 hat Karen Buckland sich geoutet. Sie liebte eine Frau, Toni, mit der sie in Hull zwölf Jahre zusammenlebte. Ihre Eltern seien nicht geschockt gewesen, erinnert sie sich, „die haben gesagt, sie hätten das ohnehin gewusst. Die haben Toni heiß und innig geliebt.“

Bevor die „Ära Toni“ begann, hat Karen es wie ihre Mutter gemacht: Sie wollte reisen. Mit neunzehn, nach dem Abitur, ging sie nach Deutschland, ein Hotel im Taunus, das Bekannte der Mutter betrieben. „Ich war Bedienung, Zimmermädchen, in der Küche ...“ Das Hotel, sagt sie, habe mitten im Wald gelegen, „es war Winter und dunkel, niemand konnte Englisch. Ehrlich, ich hätte jeden Morgen gleich losheulen können.“

Sie hält durch: genau ein Jahr und eine Woche. Dann, zwischen 1982 und 1987, ist sie erst in Griechenland, danach in Rüdesheim am Rhein und wieder in Griechenland. Und dann beginnt die Phase der Sesshaftigkeit. Toni ist an ihrer Seite, die Karen nach zwölf Jahren verlässt. „Toni war die Richtige“, sagt sie im Rückblick. „Wir hatten ein gutes Leben, Jobs, ein schönes Haus. Ihre Familie, meine Familie. Alles stimmte, aber dann war mir das eines Tages nicht mehr genug.“

Es ging dann nicht mehr

Kris, eine Amerikanerin, folgte auf Toni, da war es umgekehrt: Nach sechs Jahren ging Kris und brach Karen das Herz. Dann, bis zum letzten Jahr, war sie drei Jahre mit Lynn zusammen, die aus Malaysia kam, Muslima war. „Wenn wir zusammen drüben waren, hat sie nie was gesagt, aber hier in Leeds haben wir ganz offen gelebt. Das konnte ich auf die Dauer nicht. Wir haben immer wieder gestritten – es ging dann nicht mehr.“

Doch dann sind da ja auch noch all die anderen Dinge: Reisen, Theater, gute Freundschaften, die schon lange Jahre halten. „I am“, sagt Karen, „a very social person.“ Die Besuche am Grab von „Val“, ihrer Mutter, zweimal im Monat in Hull gehören in ihr Leben. Und da ist der Job mit den alten Leuten, der so viel Spaß macht, ihr so viel gibt.

„Ich wache jeden Morgen auf und freue mich, dass ich zur Arbeit fahren kann“, sagt Karen mit strahlenden Augen. „Ich liebe sie alle. Es ist ein Privileg, mit ihnen zu arbeiten. Geschichten erzählen, Ausflüge machen, Übungen, um den Geist zu stärken ... Es ist einfach toll!“

Viel weniger Rassismus

Besuche in Deutschland stehen natürlich auch auf der Agenda. Mindestens einmal im Jahr, meistens zweimal. „Mutters Schwester Marlene lebt in Köln“, sagte sie. „Vorletztes Jahr zu Weihnachten sind wir zusammen in der Türkei gewesen.“ Dann gibt es den Cousin Thomas in Werne und seine ganze Familie. Thomas‘ Tochter Luise allerdings studiert in London, da trifft man sich dann eher mal auf der Insel.

Karen mag es, wie in Deutschland gefeiert wird, „da ist man hier reservierter.“ Dass man in England Diversität praktisch überall lebe, „auch bei den Klamotten“, findet sie gut. Und – ganz wichtig – im Vergleich sieht es für sie so aus, dass es aktuell „bei uns viel weniger Rassismus gibt als bei euch in Deutschland.“

Und das mag sie auch.